

Gellenkirchen,
Sund.; Sand-
F.; Ehefrau
Schacht, Eugen;
beiter Pörtner;
rmeister Welp;
chter: Arbeiter
Kengel; Lof-

in Minden mit
Blaffert in
Kalkommissionen-
ert in Minden;
ttig in Sahlert;
e in Wunstorf;
nn in Siegen
rter Hiltsch

3. 1 Mon.;
ufmanns Abib;
inden, 4 Mon.

stant Heinrich
ndlungsgehilfe
Collbrunn in
Rathilde Pohl-

Wittich Georg
Wilhelm Bier-
Niedermöller,
geb. Stolle,
ntmann, 43 J.

Damen hamn
nung net, was
ernährn!

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

„Lüße Kleine,
“

ist der Storch
eingeführt.
hat nur ein
zum erstenmal
ht er leise an
ngen und frag
r andere?“

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 M. vierteljährlich inklusive
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprecher-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 140.

Bielefeld, Sonnabend, 19. Juni 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten
einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Nach Feierabend“.

Die Maiseier.

VI.

In sämtlichen von uns abgedruckten Artikeln, welche gegen die Resolution der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes polemisierten, tritt als hervorragendes Merkmal die Scheu vor der Tradition zutage. Weil die Maiseier seit zwanzig Jahren besteht, weil sie von einem internationalen Kongreß beschlossen worden ist, darum soll sie unantastbar sein. Besonders die „Leipziger Volkszeitung“ macht gar keinen Versuch, die Gründe, welche gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai sprechen, zu widerlegen. Maiseier ist eben Dogma.

Und gerade die Tradition ist unser größter Feind. Auf die Tradition zielt der Ausspruch Goethes: „Amerika, du hast es besser, hast keine Bausteine und keine Schöffen“. Die Tradition ist bei unseren Genossen leider noch übermächtig, und wenn wir die Macht der Tradition beiseite hätten, wären wir ein gewaltiges Stück Weges vorwärts gekommen, so daß ein aufgeklärter Parteigenosse sich unter keinen Umständen als Anhänger der Tradition bezeichnen darf. Am 13. Juni vorigen Jahres brachten wir in unserer Unterhaltungsbeilage darüber folgenden prächtigen, „Geistlich“ überschriebenen Artikel von Sängern aus dem „Simplicissimus“:

Einmal, als wir vorwärts bringen wollten, durch Nacht und Grauen, da fühlten wir uns plötzlich von einer unsichtbaren Hand zurückgehalten.

„Nicht weiter!“, drang eine fürchterliche Stimme durch die schwarze Finsternis, und alle standen.

Diejenigen, welche Fackeln trugen, traten vor; aber man konnte nichts deutlich sehen. Wir leuchteten dahin und dorthin. Zur Linken war eine finstere Schlucht, aus der Tiefe hörte man das Gargeln der trägen, schwarzen Wasser, die sich da unten durchschlangelten, und rechts waren die harten Felsen schraubig und schaurig.

Wir alle waren an diese Umgebung gewöhnt, und wir wußten, wie tief das Tal zur Linken und wie hart die Steine zur Rechten waren. Wir alle waren auch an Hindernisse gewöhnt, und wir kannten die Furcht nicht; aber da sollten wir sie kennen lernen.

Wir standen nicht lange ratlos. Einer drang vor, ein Fackelträger, in der Hand eine hellleuchtende Fackel, und er schwang sie kreuzend und warf sie hoch. In diesem Augenblick flog sie, und alle starrten dahin, von wo wir aufgehalten wurden.

Da gewahrten wir, auf unserem Wege stehend, ein Gespenst. Es sah so aus wie ein Weib, wie ein häßliches Weib, hager und dürr, mit Tierfellen bekleidet, und in düsteren Höhlen und mit giftigem Atem, häßlicher als je ein Menschenauge ein Gesicht von Menschengehalt gesehen, und vier- bis fünfmal so groß als die größten Menschen sind. Da kam die Furcht in unsere Reihen; aber einer stürzte vorwärts, und er rief:

„Es gilt das Wohl der Menschheit, Freunde!“ und andere stürzten ihm nach; aber wir sahen sie vom Felsen stürzen und hinunter in die schwarze Finsternis, und wir standen alle wie versteinert. Kein Fuß regte sich. So vergingen lange Minuten; unser Auge gewöhnte sich an die Umgebung immer mehr, und wir sahen gegen den schwarzen Himmel die starren Umrisse der Schreckensgestalt. Wir wollten aber nicht zurück, wir wollten vorwärts.

„Im Namen der Menschheit, Weib, geh' aus dem Weg!“

„Im Namen der Menschheit stehe ich hier,“ lang es höhnisch zurück.

„Das läßt du!“

„Ich läge nicht, denn ich bin heilig.“

„Wer sagst es?“

„Alle Völker beten zu mir, und sie nennen mich eine Heilige.“

Während dieses Gesprächs war einer der Unserigen am Felsen hingestürzt und schlenderte jetzt eine Fackel an ihrem Gesicht vorbei. Und wir sahen alle mit Grauen, das Weib hatte keine Augen, wo die Augen sind bei Menschen, da waren schwarze Löcher.

„Du bist eine Lüge, Weib!“

„Ich bin heilig, die Völker beten zu mir.“

„Trete ab von der Erde, du bist eine Lüge und eine Infamie.“

Da stemmte sich denen entgegen, welche die Menschheit zur Vollkommenheit führen wollen.

„Wenn ich abtrete, so fallen Könige und Kaiser von den Thronen.“

Während diesem hatten sich einige von uns zusammengetan und drangen jetzt gemeinsam vor mit Speer und Schild und Streitaxt.

Ihre Speere glitten ab, und als ihre Knie aufschlugen, da klang es wie hohles Metall.

Das Weib aber hob den Fuß, und wir sahen einen unserer Besten unter seiner Fußhohle sterben. Die Furcht hatten wir überwunden, denn wir hatten Blut gesehen; aber wir waren machtlos wie zuvor.

„Trete ab, Scheusal,“ rief wieder einer, „du willst die Entwicklung aufhalten, du läst dich doch!“

„Nein,“ klang es zurück.

„Du mußt fallen, du bist hohl, und du wirst alt, und du mußt fallen, du bist eine Lüge, denn nur Lügen stellen sich uns entgegen.“

„Ich bin hohl und alt und werde älter, und ich werde stärker, je älter ich werde, denn immer mehr Völker werden zu mir beten.“

„Im Namen der Kultur, Weib, gehe aus dem Weg!“

Da lachte es so höhnisch durch die Felsenschlucht, so höhnisch und scheußlich, daß es häßlicher klang als die gemeinsten Schreien.

„Je mehr Kultur, um so fester bleibe ich stehen.“

„Das läßt du, Scheusal, Lüge, Infamie, wie nennst du dich?“

„Sie nennen mich die Tradition.“

Es wird uns also schon erlaubt sein müssen, die Kritik auch an der heiligen Tradition der Maiseier zu üben, und wenn ihre Priester auch noch so sehr von der Unverletzlichkeit des Dogmas überzeugt sind.

Wenn wir aber demgemäß bei der Diskussion über die Arbeitsruhe am 1. Mai in erster Linie den kühlen Verstand zu Worte kommen lassen, so fällt zunächst auf, wie wenig die Anhänger der Arbeitsruhe sich mit der materialistischen Gesellschaftsauffassung im Einklang befinden. Will etwa jemand leugnen,

daß die wirtschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung seit den 20 Jahren, welche seit der Etablierung der Maiseier verstrichen sind, sich vollständig verändert haben? Und wenn das der Fall ist, so muß der Anhänger der materialistischen Gesellschaftsauffassung notwendig dieser Veränderung Rechnung tragen. Und diesem muß es doch im höchsten Grade auffallen, daß gerade die Hauptträger der wirtschaftlichen Grundlagen, die Gewerkschaften, trotz des besten Willens und der größten Maiseier-Begeisterung von Jahr zu Jahr mehr in Schwierigkeiten bei der Anstrengung der Arbeitsruhe geraten sind. Es ist trotz gegenteiliger Behauptungen Tatsache, daß der Gedanke der internationalen Maiseier mit der Arbeitsruhe von allen Genossen, auch den bösen Gewerkschaftlern, mit gewaltigem Enthusiasmus aufgenommen worden ist, und an dem guten Willen der gewerkschaftlichen Führer, die Maiseier in die gewerkschaftlichen Kampfmittel mit einzureihen, zweifelt wohl niemand außer dem Materialstreiber der „Leipziger Volkszeitung“. Und wenn sich nun von Jahr zu Jahr mehr die Unmöglichkeit hiervon herausstellt, hat und das Anstreben der Arbeitsruhe ein direkter Hemmschuh der gewerkschaftlichen Entwicklung geworden ist, so ist es die Pflicht der Männer, welche die Verantwortlichkeit für die Weiterentwicklung unserer Bewegung haben, auszusprechen, daß, was ist und nicht der irgend einer gebliebenen Tradition zurückzuführen, auch nicht vor einem Beispiel eines internationalen Kongresses. Es wäre eine gewissenhaftigkeit, wenn die Führer ruhig zugeben, daß die organisierte Arbeiterkraft aus Anlaß der Anstrengung der Arbeitsruhe Jahr für Jahr den Demütigungen und den Niederlagen durch das organisierte Unternehmertum mehr ausgesetzt würde. Wir können es nicht verhindern, daß infolge der gewaltigen Entwicklung die Demonstration der Maiseier sich überlebt hat, wir haben aber sozial Achtung vor ihr, dem Traum der Jugend des kämpfenden Proletariats, daß wir sie nicht als ein Hemmschuh der Bewegung ein klägliches Dasein fristen lassen wollen.

Die Sozialdemokratie hat vor der Maiseier existiert, sie wird auch nach ihr existieren.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Auf der Suche nach der mittleren Linie. Die Reichspartei hat es unternommen, durch den Fürsten Habsfeld den Versuch zu machen, eine Verständigung zwischen Konservativen und Nationalliberalen auf einer mittleren Linie herbeizuführen. Die Freisinnigen erklären, daß es keinem Zweifel unterliegen könne, daß die Sozialdemokraten schließlich die Erbfallsteuer ablehnen werden. Das Zentrum zielt offenbar darauf hin, der Reichsfinanzreform eine Gestalt zu geben, die dem Fürsten Bülows ein längeres Bleiben in seinem Amte unmöglich machen muß. Diese letztere Tatsache, den Reichskanzler zu verdrängen, müßte den Konservativen den Gedanken nahe legen, ihren Widerstand einigermaßen zu mäßigen. Man erwartet, daß die Nationalliberalen einer Verständigung nicht abgeneigt sind, und daß, wenn sie bei der Braunkohlsteuer der konservativen Wünschen Rechnung tragen, auch die Konservativen den Liberalen in der Frage der Erbfallsteuer Konzessionen machen werden.

Einen Protest gegen die Zündholzsteuer haben die deutschen Zündholzfabrikanten anlässlich einer Zusammenkunft in Berlin erhoben. Sie wünschen eine Verstaatlichung der Zündholzfabrikation — selbstredend unter Ablösung ihrer Fabriken. Daß die Herren dabei ein sehr gutes Geschäft machen würden, steht außer jedem Zweifel. Wenn sich aber der Staat nicht für das Monopol entschließen kann, dann verlangen die Interessenten von ihm folgendes: Herabsetzung der geplanten Steuererhöhte, Erhöhung des Einfuhrzolles auf 30 M. pro 100 Kilo, hohe Besteuerung sämtlicher Ersatzmittel für Zündhölzer, Verweigerung der Konzession für neue Fabriken oder Erhöhung des Steuerbetrages für Neubetriebe um 20 Prozent, Kontingentierung der Produktion und höhere Besteuerung der Mehrproduktion, endlich langfristige Störung der Steuer. — Von Beiseitebehalten sind die Herren Aktionäre der Zündholzfabriken keineswegs angekränelt, denn die Erfüllung ihrer Wünsche würde in der Tat eine Aufhebung der Gewerbesteuer bedeuten und ihnen ein privates Produktionsmonopol einräumen. Sobald nun eine solche Konkurrenzbetriebe mit einer um 20 Prozent höheren Steuer belastet werden sollen, ist die Errichtung solcher Betriebe eine glatte Unmöglichkeit und frei von jeder Konkurrenz haben sie es ganz in der Hand, die Preise nach Belieben festzusetzen.

Die Hinterbliebenenversicherung verliert. Im Bundesrat ist eine Novelle zum Zolltarifgesetz von 1902 fertiggestellt worden, nach welcher der im § 15 des Zolltarifgesetzes vorgesehene Termin zur Durchführung der Hinterbliebenenversicherung vom 1. Januar 1910 um ein Jahr, also bis zum 1. Januar 1911, verlagert wird.

Die „nothleidende“ Landwirtschaft. Anlässlich eines unter Soldaten der Garnison Augsburg in Augsburg stattgefundenen Wettbewerbs in landwirtschaftlichen Arbeiten — der ersten derartigen Versuch in Bayern — hielt Regierungsrat Bezirksamtmann Dr. Gans eine Ansprache, in der er u. a. ausübte:

Wir haben in den letzten Jahren für die Landwirtschaft keine schlechten Zeiten zu verzeichnen. Im allgemeinen können wir zufrieden sein, denn für die landwirtschaftlichen Produkte sind in den letzten 10 Jahren annehmbare Preise bezahlt worden. Ja die Landwirtschaft, man kann sagen, sie steht heute gut, sie hat keine Not.

Man wird gut tun, sich dieses Ausspruchs zu erinnern, wenn die nimmermüden Agrarier wieder einmal von der nothleidenden Landwirtschaft fabulieren.

Die preussische Eisenbahnverwaltung und die „billigen“ Frachten des Sittenswerkes „Böhmer“. Auf die schweren Anschuldigungen, die die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ gegen die Verwaltung des Sittenswerkes „Böhmer“ in Horde-Dortmund erhoben hat, erklärte die Verkehrsverwaltung Donnerstag morgen in der „Dortmunder Zeitung“, daß das Werk einen ausführlichen Bericht des Generaldirektors an den Präsidenten der Eisenbahndirektion Essen gegeben habe. Der letztere habe daraufhin erklärt, daß für die Eisenbahnverwaltung durch den Bericht die Angelegenheit völlig erledigt sei; ferner habe der Präsident in seiner Erwiderung bemerkt, daß er dem Bericht der Direktion mehr glauben könnte, als den Veröffentlichungen der „Arbeiter-Zeitung“, er versichte ausdrücklich auf die vom „Böhmer“ ange-

botenen Nachweisungen über die Wagenladungen des letzten Jahres.

Die Antwort des Eisenbahnpräsidenten muß um so merkwürdiger erscheinen, als die „Arbeiter-Zeitung“ bekanntlich vom 17. April d. J. sechs Waggons mit Stationen und Positionen bezeichnete, die in Summa mit 25 000 Kilogramm überladen waren.

Neuregelung des Strafvollzuges. Wie man hört, besteht im Reichsjustizamt die Absicht, mit der Reform des Strafvollzuges auch zugleich eine Reform des Strafvollzugs zu verbinden. Die letztere Reform soll sich zunächst darauf beschränken, die Konkurrenz der Gefängnisarbeit zu beseitigen. Damit wäre nicht viel erreicht, denn wenn schon auf diesem Gebiete endlich einmal reformiert wird, dann muß gleich gründliche Arbeit gemacht werden, und vor allen Dingen ist Vorfrage zu treffen, daß der Strafvollzug in ganz Deutschland nach einheitlichen Grundsätzen geregelt wird. Heute ist es so, daß fast jeder Staatsanwalt als Gefängnisvorstand sich seine eigenen Strafvollzugsvorschriften bildet, so daß der Strafvollzug eine ganz außerordentliche Verchiedenheit aufweist.

Schafkretär Eydow als Urheber der Parfümsteuer. Die „Königsb. Hart-Zeitung“ behauptet, daß nicht der Abg. Eydow, der den Antrag eingebracht hat, der Urheber der Parfümsteuer ist, sondern der Schafkretär Eydow, der schon seit geraumer Zeit einen Entwurf für diese Steuer fertig hatte. Das freisinnige Blatt meint, daß die Begriffe, die Herr Eydow von den Dilettanten eines Reichsschafkretärs hat, immer rätselhafter werden.

Die Ausführung des preussischen Lehrerbeförderungsgesetzes wird noch ziemlich lange auf sich warten lassen. Die Ausführungsbestimmungen sind zwar fertiggestellt und werden in den nächsten Tagen erscheinen; aber die Nachschaltungen werden sich trotzdem bis in den Oktober oder sogar November hinziehen. Diese Verzögerung hat zwei Ursachen. Einmal müssen zunächst die Unterlagen für die Verteilung der 35 Millionen auf die einzelnen Provinzen beschafft werden. Diese ergeben sich aus den zu ermittelnden Mehrbelastungen aller einzelnen Gemeinden. Erst wenn diese feststehen, kann die Verteilung des Staatszuschusses an die Provinzen unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit erfolgen. Sodann aber müssen auch noch die Tarife für die Mietsentlastung durch den Provinzialrat für jede Provinz festgestellt werden, was zweifellos erst nach der Sommerpause geschehen kann. In den zu Ortssitzungen berechtigten Städten kann die Nachzahlung erfolgen, sobald die Beschlässe über die neue Gehaltsordnung gefaßt und genehmigt sind.

Die Ansichten der Erbfallsteuer sollen sich in den letzten Tagen sehr gebessert haben; das „Berliner Tageblatt“ erzählt, daß die Reichspartei sich entschieden habe, geschlossen für die Steuer zu stimmen, nur drei ihrer Mitglieder — die Abgeordneten v. Dörflin, Dr. Bahrenhorst und von der Wense — seien nach wie vor gegen jede Erbfallsteuer. Ebenso soll die Wirtschaftliche Vereinigung in ihrer Fraktionslösung am Dienstagabend beschlossen haben, für die Erbfallsteuer in der neuen Regierungsbildung einzutreten unter der Voraussetzung, daß die von ihr einzubringenden Änderungsanträge in der Kommission Aufnahme finden.

Die Biergläser werden kleiner. Der Bundesrat hat die Verordnung über die Schankgeschäfte geändert. Jetzt wird das Raummaß der Gläser in $\frac{1}{10}$ Liter angegeben. Künftig soll es in $\frac{1}{20}$ Liter angegeben werden. Auf diese Weise hofft man, die Abwägung der Braunkohlsteuer auf die Biertrinker leichter bewerkstelligen zu können. Um aber übermäßiges „Schneiden“ zu verhindern, soll das Schaummaß auf 2 Zentimeter erhöht werden. Die Gläser werden jedoch kleiner, das Bier wird teurer und das schlechte Einschäumen wird doch nicht beseitigt.

Eine Mahnung an die Konservativen leistet sich der „Reichsbote“. Das konservative Pastorenblatt führt den Herren vor Augen, daß sie bei weiterer ablehnender Haltung gegenüber der Erbfallsteuer die Geschäfte der Sozialdemokratie befeuern würden. Die Ablehnung der Erbfallsteuer würde im Lande einen solchen Radikalismus hervorrufen, daß man in absehbarer Zeit nicht nur mit einer schärferen Erbfallsteuer, sondern auch mit einer Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen zu rechnen habe.

Ob diese Mahnung Erfolg hat, steht natürlich dahin; immerhin ist es im Reichstage aufgefallen, daß der Kanzler in der Plenarsitzung am Donnerstag sich sehr eingehend mit dem Grafen Schwerin-Löbich unterhalten hat. An der Unterhaltung beteiligten sich auch Schafkretär Eydow und Unterstaatssekretär v. Voebell, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die momentanen Schwierigkeiten das Gesprächsthema gewesen sind.

Fahrtpreiserhöhung für die 4. Eisenbahnklasse in Württemberg. Bei der heutigen Generaldebatte über den Eisenbahnetat im württembergischen Landtage gab der Ministerpräsident von Weizsäcker die Erklärung ab, daß er es zum Ausgleich des Tarifis der Eisenbahnverwaltung für nötig halte, den Tarif für die 4. Klasse von 2 Pfg. auf 2,3 Pfg. pro Kilometer zu erhöhen. Der Landtag vertagte jedoch die Verhandlung und Entscheidung über diese wichtige Frage auf einige Wochen — bis nach Erledigung der Fahrtensteuer im Reichstage.

Begnadigt. Der Führer der Berliner Handwerker, Obermeister Schmidt von der Bäderinnung „Konfordia“, der von der 5. Strafkammer des Berliner Landgerichts wegen Betrugs-Erklärung zu einer Gefängnisstrafe von 3 Tagen verurteilt wurde, ist jetzt vom Kaiser begnadigt worden. Die Gefängnisstrafe wurde in 30 Mark Geldstrafe umgewandelt. — Schon oft sind Arbeiter wegen des gleichen Vergehens mit Gefängnisstrafen belegt worden. Dabei sind sie allerdings meist schlechter weggekommen wie der Herr Obermeister. Aber begnadigt ist noch nie einer worden.

Der Molke-Sardens-Prozess ist jetzt endgültig beigelegt. Die Sarden in der neuesten Nummer der „Zukunft“ mitteilt, daß er dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts am 15. Juni ein Schreiben gerichtet, worin er auf Revision des Urteils vom 20. April verzichtet und sich auf den Boden des Vergleichs stellt, den er mit dem Grafen Molke geschlossen hat.

Der geohrteigte „Edelste“. Hinter verschlossenen Türen fand am Donnerstag vor dem Kriegsgericht der Kommandantur Berlin Verhandlung statt gegen den Oberleutnant Gebhard Freireich v. Dallwig und Oberleutnant Stempel. Die Angeklagten waren zur Kriegsschule in Berlin kommandiert und haben in der Nacht vom 28. zum 29. März in einem Weinrestaurant Unter den Linden sich eine schwere Rauferei geliefert.

Als sie in früher Morgenstunde aufbrachen, fand Oberleutnant v. Dallwig keine Mäße mehr. Der Oberleutnant rief einen Knecht, der einen Eimer Wasser brachte, wenn er die Mäße des Oberleutnants finde. Kaum hatte dies der Oberleutnant v. Dallwig gehört, als er dem Oberleutnant eine flüchtige Ohrfeige gab und ihn als „unverschämten Lummel“ bezeichnete. Der Oberleutnant war nicht faul, sondern gab dem „Esel“ und „Beiten“ eine kräftige Ohrfeige zurück. Am anderen Tage überfiel Oberleutnant v. Dallwig im Hotel den Oberleutnant mit einer Reittreibe. Der Oberleutnant wurde aus diesem Anlaß stellunglos und stellte dann gegen die beiden Offiziere Strafantrag. Der schlagfertige Junker v. Dallwig erhielt 200 Mark Geldstrafe; auf dieselbe Strafe wurde gegen den Oberleutnant Stempel erkannt, der die Prügelei des Knechtes angezettelt hatte.

Das Diamantenfieber und die Spekulation in Kolonialwerten. Eine Tagessteigerung von 600 Prozent und einen Kursstand von 2000 Prozent erreichten am Donnerstag an der Berliner Börse die Anteile der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika. Die hundertprozentige Steigerung dieses Papiers hat schon seit Wochen alles bisher in der Börsenspekulation Dagewesene weit hinter sich gelassen! Als Ursache dieses beispiellosen Vorganges wurden auch heute die Erwartungen übersteigenden Erfolge der Diamanten-Gewinnung angeführt.

Aus dem Reichstag.

Im Senatorenkonvent wurde vereinbart, daß die erste Lesung über die neuen Versteuervorlagen der Regierung mit der ersten Serie der Reden der einzelnen Parteien abgesehen soll. Danach soll das Finanzgesetz für den heutigen Tag auf die Tagesordnung gesetzt werden. Vorher wird eine Geschäftsordnungsdebatte darüber stattfinden, ob die von der Finanzkommission beschlossenen neuen Steuern auf die Tagesordnung mitgebracht werden dürfen, oder ob sie als Initiativentwurf zu verhandeln sind, die erst eine zweite Lesung im Plenum passieren müssen. Man wollte diese Geschäftsordnungsdebatte gestern schon abbrechen; aber da unumgänglich gestern die Sitzung bis Mitternacht ausgedehnt werden konnte, so einigte man sich, daß nach dem Reite der gestrigen Tagesordnung heute erst die Geschäftsordnungsdebatte beginnen soll. Dann wird — wenn das Finanzgesetz zur Beratung gestellt ist — zuerst die Rotationssteuer beraten werden. Ferner wurde beschlossen, daß, wenn die Erbschaftsteuer, die jetzt die Regierung verlangt, an die Kommission geht, die Kommission diese sofort in Angriff nehmen und die Beratung beschleunigen soll. Wenn die Beratung der Erbschaftsteuer in der Kommission zu Ende ist, soll sie dann mit den übrigen Versteuern im Plenum weiter beraten werden, damit die Entscheidung über die Versteuern allgemein vorher getroffen werden kann. Ferner beschloß der Senatorenkonvent, wegen des Feiertages „Peter und Paul“ Montag und Dienstag (21. und 22. Juni) frei von Sitzungen zu lassen, so daß — durch den dazwischen liegenden Sonntag — drei Tage für die Abgeordneten frei werden. — Abg. S.inger fragte an, was der Präsident bezüglich der Interpellation der Sozialdemokraten über die Aufhebung der Getreidezölle beschlossen habe. Der Präsident erwiderte, er habe mit dem Staatssekretär des Innern Rücksprache genommen, derselbe habe noch keine bindende Zusage für die Beantwortung gegeben, er wolle erst sein Material sichten beizammen haben.

Aus dem Landtag.

Die Finanzkommission des Herrenhauses hat den Bericht über die Stempelsteuer erscheinen lassen. Während nach dem Beschluß des Abgeordnetenhauses Mietsverträge unter 400 Mark steuerfrei sein und Verträge von 400 bis 1000 Mark eine Steuer von 1 Prozent abwerfen sollen, bleiben nach den Beschläüssen der Herrenhauskommission nur die Mietsverträge unter 300 Mark steuerfrei, von 300 bis 400 Mark beträgt der Stempel ein Zehntel, von 400 bis 500 Mark zwei Zehntel, von 500 bis 1000 Mark drei Zehntel Prozent. — Daß die Kommission des Herrenhauses den Fahrstuhlstempel beibehalten hat, ist bereits mitgeteilt. Die übrigen Änderungen sind unerheblicher Natur.

Die Danzelskommission des Herrenhauses hat die Novelle zum Vergleiche mit geringen Änderungen angenommen. Die wichtigste Änderung besteht darin, daß während nach den Beschläüssen des Abgeordnetenhauses die Wahl der Sicherheitsmänner im Wege der Verhältniswahl erfolgen muß, die Herrenhauskommission die Verhältniswahl nicht für zwingender Natur, sondern nur für zulässig erklärt hat.

Der deutsche Außenhandel in Getreide

ist fortgesetzt ungünstig für die Zolleinnahmen des Reiches. Im ganzen vermindert sich die Einfuhr von Getreide und demgemäß auch die Einnahme an Eingangszoll, während gleichzeitig die Ausfuhr von Getreide und Mehl zunimmt, was infolge des Einfuhrschutzes vermehrte Ausgaben an Zollvergütungen zur Folge hat. In den zehn Monaten August 1908 bis Ende Mai 1909 hat die verzollte Einfuhr und die Ausfuhr aus dem freien Verkehr im Vergleich zu denselben Perioden 1907/08 und 1906/07 betragen (in Tonnen):

	1908/09	1907/08	1906/07
Roggen: Einfuhr	178 308	374 167	545 561
Ausfuhr	801 852	208 151	266 075
Weizen: Einfuhr	1 585 666	1 906 153	1 680 664
Ausfuhr	280 455	92 883	166 256
Gerste: Einfuhr	1 819 382	1 730 912	1 829 606
Ausfuhr	1 468	1 773	1 738
Hafers: Einfuhr	341 056	238 682	288 890
Ausfuhr	263 826	471 160	300 700
Mehl: Einfuhr	7 064	8 177	8 181
Ausfuhr	223 841	136 277	147 147

An Roggen, Weizen, Gerste und Hafer zusammen wurden somit in den genannten zehn Monaten eingeführt: 1906/07 4 344 253 Tonnen, 1907/08 4 249 919 Tonnen, 1908/09 3 923 412 Tonnen und ausgeführt: 1906/07 734 769 Tonnen, 1907/08 775 967 Tonnen, 1908/09 1 347 599 Tonnen. Da bei der Ausfuhr der Zoll auch für deutsches Getreide vergütet wird, so hat das Reich eine wirkliche Zolleinnahme nur insoweit, als sich ein Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr ergibt. Dieser Einfuhr-Ueberschuß ist nun bei den genannten vier Getreidearten von 3 609 484 Tonnen in 1906/07 auf 3 475 952 Tonnen in 1907/08 und 2 575 813 Tonnen in 1908/09 gesunken. Bei Roggen ist im laufenden Erntejahr die Ausfuhr mehr als viermal so groß als die Einfuhr; statt eines Einfuhr-Ueberschusses ergibt sich hier ein Ausfuhr-Ueberschuß von 623 544 Tonnen. Es kommt noch hinzu, daß in der Einfuhr dieses Getreides überwiegt die dem niedrigsten Zollsaße unterliegt, nämlich Futtergerste, während in der Ausfuhr Roggen, Weizen und Hafer vorkommen, also diejenigen Getreidearten, für die hohe Zölle bestehen und für die demnach auch hohe Ausfuhrvergütungen aus der Reichskasse geleistet werden. Für 1908/09 stellen sich die Zolleinnahmen aus der Einfuhr von Roggen, Weizen, Malzgerste, Futtergerste und Hafer und die für die ausgeführten Mengen gezahlten Zollvergütungen wie folgt:

	Zoll-einnahmen	Zoll-vergütungen
Roggen	8 915 400 Mk.	40 092 600 Mk.
Weizen	87 211 600 „	15 425 000 „
Malzgerste	8 072 700 „	19 100 „
Futtergerste	21 015 300 „	„
Hafer	17 052 800 „	13 191 300 „
Zusammen 142 267 800 Mk.		68 728 000 Mk.

Es verbleibt somit nur eine Reineinnahme von 73 540 Mk. Mark. Beim Roggen ergibt sich infolge der starken Mehr-Ausfuhr sogar ein direkter Verlust von über 31 Millionen Mark für die Reichskasse. Bei der vorliegenden Berechnung ist die Mehlausfuhr noch nicht berücksichtigt, für die bekanntlich der Getreidezoll ebenfalls vergütet wird. Aus der geringen Einfuhr von Roggen- und Weizenmehl hat das Reich nur eine Zolleinnahme von 720 000 Mark. Dagegen sind für die ausgeführten 223 841 Tonnen Weizen- und Roggenmehl rund 18 Millionen

Mark Zollvergütungen aus der Reichskasse gezahlt, so daß hier ein Verlust von über 17 Millionen Mark sich ergibt. Auf ausgeführte andere Mehlensfabrikate (Graupen, Gries, Schrot, Dinkel, Gerste usw.) sowie auf die Ausfuhr von Malz, Weizenstärke usw. entfallen aber noch einige Millionen Mark, so daß als Nettoertrag der Getreidezölle „um viel mehr als 50 Mill. Mark“ verbleiben dürften, während die permiittelt der Einfuhrschutzes gezahlten Zollvergütungen für die genannten zehn Monate auf rund 90 Millionen Mark sich berechnen. Seit der Einführung des neuen Zolltarifs erweitert sich das Einfuhrschutzes in Verbindung mit der starken Zollbifferenzierung für Futtergerste und für anderes Getreide in steigendem Maße als nachteilig für die Reichsfinanzen. Der Zoll für Futtergerste beträgt 13 Mark pro Tonne gegenüber einem Weizen Zoll von 55 Mark und einem Hafer- und Roggen Zoll von 50 Mark. Die Ausfuhrvergütung ist genau so hoch wie der Eingangszoll. Wer also eine Tonne Hafer und Roggen ausführt, erhält aus der Reichskasse eine Vergütung von 50 Mark und kann damit den Zoll für beinahe 4 Tonnen eingeführte Futtergerste bezahlen. Unter diesen Umständen ist es sicher kein Zufall, daß neben Weizen nur Roggen und Hafer ausgeführt werden und daß die Einfuhr von Futtergerste von 1 412 969 Tonnen in 1906/07 auf 1 452 284 Tonnen in 1907/08 und 1 595 964 Tonnen in 1908/09, bei gleichzeitiger starker Abnahme der Roggen-Einfuhr, gewachsen ist. Früher lieferten die Getreidezölle den Hauptteil aller Zolleinnahmen, heute stehen sie in ihren Erträgen weit zurück hinter einzelnen Finanzzöllen wie dem Petroleum- und dem Kaffe Zoll. Bei der Aufstellung des neuen Zolltarifs hatte man damit gerechnet, daß die Erhöhung der Getreidezölle eine Mehreinnahme bringen würde, und man hat die erwartete Mehreinnahme sogar im voraus gefällig für eine Witwen- und Waisenernährung festgelegt. Wie die angeführten Zahlen ergeben, ist das Gegenteil eingetreten, und auf bessere Erträge aus den Getreidezöllen wird, wenn das Einfuhrschutzes in dem jetzigen Umfange bestehen bleibt, auch in Zukunft schwerlich zu rechnen sein.

Das Interpellationsrecht.

Der bekannte deutsche Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Laband beschäftigt sich in Nr. 12 der „Deutschen Juristenzeitung“ mit dem Interpellationsrechte. Er ist mit dem bestehenden Zustande zwar nicht ganz zufrieden, erklärt sich aber entschieden gegen jede Ausdehnung der Machtbefugnisse des Reichstages. Dr. Laband knüpft an die Arbeit des Professors Harquet an, die auf Wunsch des Vorstehenden der Geschäftsordnungskommission veröffentlicht worden ist. Dasselbe behandelte das Interpellationsrecht im Rahmen der modernen Ministerverantwortlichkeit. Er führte aus, daß in dieser Hinsicht das französische Recht am feinsten entwickelt ist. Es hat drei Ausprägungen: die einfache Anfrage, bei der eine Debatte nicht stattfindet, die formelle Interpellation mit anschließender Debatte und einen Beschluß über eine einfache oder motivierte Tagesordnung und als letztes Mittel: die Ministeranfrage. Durch die Interpellation ist eine eingehende Kontrolle durch die Kammer möglich. Die Kammer kann nicht nur die Vergangenheit kritisieren, sie ist auch in der Lage, der Regierung neue Wege für ihre Tätigkeit in der Zukunft zu weisen. Die Kammer kann ferner den Sturz eines Ministeriums herbeiführen.

Der eigentliche Zweck der Interpellationen besteht doch darin, die Volksvertretung und durch die Öffentlichkeit der Verhandlungen das ganze Volk über wichtige Vorgänge des inneren Staatslebens, über Pläne der Regierung, über den Stand der Vorarbeiten von Gesetzen und über auswärtige, politische Verhältnisse aufzuklären und zu informieren. Außerdem soll durch die Diskussion oder durch Anträge und Beschlüsse die Meinung der Interpellierten über oder gegen Maßnahmen der Regierung oder ihrer verantwortlichen Träger zum Ausdruck gebracht und die Befestigung der Schuldigen verlangt werden können. Da in Preußen und im Deutschen Reich an Interpellationen sich zwar eine Diskussion, aber kein Antrag und kein Beschluß anknüpfen darf, so haben sie auch nicht die Bedeutung. Sie können auch kein parlamentarisches Votum darüber herbeiführen, ob das Ministerium im Amte bleiben soll oder nicht.

Professor Laband erkennt an, daß die geltenden Bestimmungen in mancher Hinsicht verbesserungsbedürftig sind und erweitert werden müßten. In zwei Punkten empfiehlt er aber, an dem jetzt bestehenden Rechte festzuhalten:

„Eine Verletzung des Reichstages oder seines Stellvertreters, auf jede Interpellation zu antworten, ist nicht empfehlenswert und eine solche Pflicht besteht auch in vielen anderen Staaten nicht. Sie kann, namentlich wenn die Interpellation auswärtige Angelegenheiten betrifft, Nachteile für das Reich und eine Verlegenheit für die Regierung zur Folge haben und ihre praktische Bedeutung ist problematisch, denn der Minister kann nicht verbindlich werden, eine ausweichende, unbestimmte, mehrdeutige Antwort zu geben, mit vielen Worten nichts zu sagen. Sodann ist nach meiner Ansicht daran festzuhalten, daß kein Antrag gestellt und daher auch keine einfache oder motivierte Tagesordnung beschloffen werden darf. Ein solcher Beschluß kommt, wie die in Frankreich gemachten Erfahrungen bezeugen, leicht durch eine Koalition von Parteien, welche sich nicht heilig befinden, oder infolge unersichtlicher Zustände zustande, und wenn er auch nach unserem Verfassungsgesetz nicht die Folge zu haben braucht, die Demission des Reichstages herbeizuführen, so ist er doch geeignet, das Ansehen und die Autorität desselben zu schwächen und die Opposition zu stärken. Jedenfalls wäre eine solche, dem französischen Rechte nachgebildete Einrichtung, eine Etappe auf dem Wege zur Macht des Reichstages, durch einen Gelegenheitsbeschluß über die Erhaltung oder den Sturz des Reichstages eine Entscheidung zu treffen. . . . Die Ausbildung und Gestaltung des Interpellationsrechtes muß nach meiner Ansicht nach seiner eigenen und selbständigen Bedeutung und nicht „im Rahmen der modernen Ministerverantwortlichkeit“ erfolgen, und es dürfte nicht überflüssig sein, vor diesem Abwege zu warnen.“

Mit diesen Ausführungen können sich die Arbeiter nicht einverstanden erklären. Sie halten nach wie vor daran fest, daß in einem parlamentarisch regierten Lande der Wille des Volkes zum Ausdruck gebracht werden muß. Dies geschieht nur dann, wenn das Volk das Recht hat, auch ihm unbenachteiligte Minister ihres Amtes zu entheben, sobald sie gegen die Interessen der Mehrheit des Volkes verstoßen.

Preussische Konservative und deutsche Einigung.

Neben anderen Neigkeiten brachte Fürst Bülow in seiner Reichstagsrede vom 16. Juni auch die, daß die deutsche Einigung durchgeführt worden ist von Männern, die der konservativen Gedankrichtung angehörten. Dieser Satz aus der Rede des vierten Kanzlers klingt um so überraschender, als bisher alle Welt der Meinung war, daß die preussischen Konservativen (nebenbei mit ihrem König an der Spitze) sich mit Händen und Füßen gegen den Reichsgedanken gestraubt haben. Eine Meinung, der auch der Vorgänger des Fürsten Bülow im Reichskanzleramt, Fürst Chlodwig zu Hohenhausen, in der folgenden Notiz seiner Denkwürdigkeiten drastischen Ausdruck gibt:

„Wenn ich unter den preussischen Erzellenzen sehe, so wird mir der Gegensatz zwischen Norddeutschland und Süddeutschland recht klar. Der süddeutsche Liberalismus kommt gegen die Funken nicht auf. Sie sind zu zahlreich, zu mächtig und haben das Königtum auf ihrer Seite. Auch das Zentrum geht mit ihnen. Alles was ich in diesen vier Jahren erlebt habe, erklärt sich aus diesem Gegensatz. Die Deutschen haben recht, wenn sie meine Anwesenheit in Berlin als eine Garantie der Einheit ansehen. Wie ich von 1866 bis 1870 für die Vereinigung von Nord und Süd gewirkt habe, so muß ich hier danach streben, Preußen dem Reich zu erhalten. Denn alle diese Herren preisen auf das Reich und würden es lieber heute als morgen aufgeben.“

Die Reichseinführung der Konservativen ist traditionell. Sie dachten 1898 wie sie noch am 17. Januar 1871, einen Tag vor der Reichsgründung, in Versailles mit König Wilhelm I. dachten,

von dem sein Sohn Friedrich in seinem Tagebuch unter dem erwähnten Datum notiert:

„Der König werde die Reichsfeier (die „nur neben der preussischen daheim“; er verbat sich die Zumutung, von einem kaiserlichen Heere zu hören, die Marine möge kaiserlich genannt werden; man sah, wie schwer es ihm wurde, morgen von dem alten Preußen, an dem er so festhält, Abschied nehmen zu müssen. Als ich auf die Ganggeschicht hinwies, erwiderte er: Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stand der Dinge, während ich mir nicht ein Haar breit daraus mache und nur zu Preußen halte.“

Der Kronprinz hatte übrigens während des ganzen Krieges einen heillosen Neßel vor der feindlichen Stellung der konterbativen preussischen Heerführer zur Reichsgründung. Auch Bismarck antwortete in dieser Hinsicht seine Rappenheimer. Unter dem 12. November 1870 verzeichnete der Kronprinz mit Genugtuung in seinem Tagebuch, Bismarck sei „entsetzt gewesen, daß solche preussische Paritätarien wie Roon und Bobbielski überhaupt mit der Angelegenheit (der Reichsgründung) zu tun haben.“

Und am 7. März 1871, nach dem vorläufigen Friedensschluß, sagte er seine Enttäuschung in folgenden Worten zusammen: „Ich zweifle an der Aufrichtigkeit für den freireichlichen Ausbau des Reiches und glaube, daß nur eine neue Zeit, die nicht mit mir rechnet, solches erleben wird.“

Der Kronprinz hatte vielfach damals die hübschen Verse des Grafen Brehler im Sinne, der 1848 sang:

„Wir wollen Preußen bleiben!
Der Teufel hol' das Treiben,
Das Deutschland fabriziert
Und Preußen ruiniert.“

Diesen Konservativen, die das Reich und seinen freireichlichen Ausbau aus tiefer Seele haßten, die zurzeit in dem höchsten süddeutschen Verfassungsschritt schon eine Gefahr sahen, tiefen preussischen Junkern sagt Fürst Bülow mit einem Male nach, daß ihnen die deutsche Einigung zu danken sei. Dieser Entdeckung liegen etwa dieselben Tatsachen zugrunde, wie einer vor einigen Jahren von dem jetzigen Reichskanzler verkündeten: daß Preußen in Deutschland voran sei.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 19. Juni.

— Kr. Deutscher Metallarbeiterverband, Bielefeld. Die außerordentliche General-Versammlung, die am Sonntag vormittag in der „Centralhalle“ stattfand, war nicht ihrer Bedeutung entsprechend besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Antrag, die Verichterstattung vom Verbandstag in Hamburg von der Tagesordnung abzuschieben und in Bezirks-Versammlungen vorzunehmen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Von seiten der Geschäftsleitung wurde versprochen, zu geeigneter Zeit Bezirksversammlungen einzuberufen, in welchen die wichtigsten Bestimmungen des Statuts besprochen werden sollen. Kollege Severing besprach hierauf die Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung im allgemeinen. Er betonte die größte Verichterstattung in der Presse, die ein ganz falsches Bild von der Hamburger Generalversammlung gegeben habe. In Zukunft müsse die Verichterstattung anders geregelt werden. Auch die Geschäftsordnung bedürfe der Änderung, denn durch die unbedachte Reduzierung beim Vorstandsbericht würde sehr viel Zeit vergeudet, worunter dann andere wichtigere Sachen zu leiden hätten. Die Debatten über Stettin und Mannheim seien ebenfalls nicht nach Wunsch der Gegner ausgefallen, welche insgesam schon mit einer Spaltung gerechnet hätten. Fehler seien auf beiden Seiten gemacht worden, doch habe die erfolgte Aussprache sehr viel dazu beigetragen, daß in Zukunft derartige unliebbare Vorformulierungen vermieden würden. Die Referate sozialpolitischer Natur, sowie der Beschluß in der Metallarbeiterfrage seien zu begrüßen, zeigten sie doch, daß der Metallarbeiterverband sich seiner Aufgabe als größte Gewerkschaftsorganisation bewußt sei. Kollege Köllner berichtete über die wichtigsten Statutenänderungen. Die Staffeln der Beiträge sei abgelehnt worden, doch habe sich die Mehrheit der Generalversammlung im Prinzip für Staffelnbeiträge ausgesprochen und der Vorstand sei beauftragt worden, die nötigen Unterlagen zu beschaffen und der nächsten Generalversammlung eine Vorlage zu unterbreiten. Leider sei die Generalversammlung infolge der starken Belastung des Verbandes durch die Unterstützungen gezwungen gewesen, einige Veränderungen des Unterstüßungsbezuges vorzunehmen. So wird in Zukunft bei Empfang der Unterstüßungen anstatt 52 Wochen 72 Wochen zurückgerechnet. Ein Ausgestufter muß also erst 52 Wochen wieder bezahlt haben, bevor er erneut Unterstüßung erhalten kann. Eine Steigerung der Unterstüßungssätze findet nicht mehr von Jahr zu Jahr, sondern alle zwei Jahre statt. Die Mitglieder behalten jedoch ihre bis zum 1. Juli erworbenen Rechte, werden also nicht in eine niedere Bezugsstufe zurückversetzt. Zu betonen sei der Beschluß, daß in Zukunft Unterstüßung bei Ausreisen nur dann gezahlt werde, wenn das Ausreisen pro Woche länger als 3 Tage dauere. Die Bemühungen der Bielefelder Delegierten, die Generalversammlung zu einem anderen Standpunkt zu bekehren, seien vergeblich gewesen. Die Ortsverwaltung werde jedoch alles daran setzen, um die Härten dieses Beschlusses zu mildern. Kollege Kassing ergänzte den Bericht des Vorredners durch Mitteilungen in Bezug auf die Anträge, welche seitens der Verwaltung Bielefeld gestellt waren. Sämtliche Disziplinsredner erklärten sich mit den Ausführungen der Verichterstatte einverstanden, wenn auch allgemein die Notwendigkeit der Veränderungen im Unterstüßungsbezug bedauert wurde. Der in Bezug auf die Maßregel getroffenen Regelung stimmten alle Redner zu. Unter Mitteilungen gab Kollege Severing noch den erfolgten Kauf des Waldgrundstückes bekannt.

— Zur Tarifbewegung der Freireichgehilfen. Bis heute haben die nachstehend verzeichneten Geschäfte den Tarifvertrag unterjährig anerkannt:

K. Bauerdorf, Breitestr.; G. Diestelkamp, Siegfriedstr.; R. Dörries, Bürgerweg; G. Duppe, Rohreistr.; K. Elbracht, Mühlensstr. und Weberstr.; Willy Elbracht, Am Bach; F. Frickhagen, Detmolderstr.; G. Goldbeck, Herforderstr.; W. Hermann, Delmolderstr.; H. Jahn, Kaiserstr.; D. Kornowski, Herforderstr.; H. Kuhn, Leichstr.; A. Kühr, Wertheistr.; A. Löhr, Jollenbaderstr.; A. Maas, Jollenbaderstr.; R. Normann, Heeperstr.; R. Schröder, Arndstr.; A. Siebert, Spindelstr.; A. Treus, Johannisstr.; Trumpf Mellerstr.; G. Werner, Jollenbaderstr. und Schildescherstr.; Wolf, Schmiedestraße.

(Diese Geschäfte gehören sämtlich der „Freien Vereinigung selbständiger Freireich“ an.) Ferner erkennen den Tarif an: Wilhelm Landwehr, Herforderstr.; F. Langeworth, Arndstr.; Johann Mühmann, Rohreistr.; Friedrich Schöne-mann, Almenstr.; Wilhelm Schröder, Detmolderstr.; Paul Seidel, Kaiserstr.; Schulz, Kreuzstr.; A. Weis, Lützenstr. 4. und Ernst Weis, Marktstr. 2; Friedrich Schulte, gegenüber der Pauluskirche; Witwe Weis, Jollenbaderstr. 28; Karl Wiesen, Königstr. 68; Robert Weder, Rolandstr. 15; Fritz Düe, Hermann- und Turnerstrassen-Ecke.

Sämtliche Zuschriften sind an Kollegen V. Langer, Mühlens-trasse 3, zu richten.

Arbeiter, Parteigenossen! Es bedarf wohl keiner besonderen Begründung dafür, daß es jedes klassenbewußten Arbeiters Pflicht ist, nur diejenigen Geschäfte zu frequentieren, die den Wünschen der Freireichgehilfen entgegenkommen sind. Tut in dieser Hinsicht jeder seine Pflicht, dann wird das bei den genannten Geschäften jetzt vertraglich festgelegte Arbeitsverhältnis nicht nur hochgehalten werden, sondern einer solidarisches Verhalten wird noch zu weiteren Errungenschaften führen. Arbeiter, Parteigenossen, übt Solidarität!

Der Verband der Freireichgehilfen.

Eine alte Fabel berichtet, daß der Mensch seinen Lebensabend zu geben, Herr zu werden, die geringsten heutigen Gesellschaftsordnungen gemacht. Alt und in der Zeit inaktiv, wird in der Verachtung, was jener gerecht. Wie viele Mäpfe müßten Arbeiter, die bezugslos sind, das die Energie jenen die ausfüßteitern Tag für Tag, St. — wenn wir es so nennen — einer Rente dem invaliden seinen Lebensabend vorzuziehen. Gerade jetzt, wo die dabei sind, angeblich der sozialen Gerechtigkeit nachzudenken, ist es ein wenig seltsam, daß die Inaktivität zum Kampfe um höherer Bedeutung.

Trotz der Krise nun Umstandes, daß die Gen-jewohl als verfügbare Arbeiter eigenen Organisation zu ihrer Tätigkeit auch im breiten erfahren. Möge, welchen die Unternehmer Arbeitsbedingungen zu gegeben haben, so erbringt festgestellten Tatsachen der von einem Niedergang der.

Die vorjährige Statistik 132 Ausfuntsstellen. Vor-ratien ist in diesem Jahre ge-gabst. Das Solinger Statistik nicht aufgezählt, hinzugekommen sind die Hof, Marktredwitz, Born-Mühlhausen i. G., insgesamt mit einer Gesamtzahl von Ausfuntsstellen. 72 auch Reichsbahnen allen Per-sonen 13 gewählten Reichsbah-nensfähigen Personen, und Organisationsunfähige Reichsbahnen 13 Sekretaria Ausfunts und Reichsbah-nen Organisierten oder deren richten übernehmen ständi-g hierzu nur in Ausnahmefällen vornehmen Arbeitskräfte übernehmen zu können, n-geben, ist einer beträchtli-chen Möglichkeit zu einer Ver-zeil aber daran, daß die richten nicht zugelassen we-Verrichtungen übernehmen, daß sie an einigen Ver-nicht.

Die Behandlung der gleichen Rechtszustand zu lich gezeigt, von wem und vertreten werden.

Die Beschwerdevermitt-lung allen Sekretariaten in-jerner befassen sich 67 mit 76, nahezu drei Viertel alle für die Ausbreitung der schaftliche Arbeiten mit der schaftliche Arbeiten werden erledigt, wo neben ihnen aber, wo die Tätigkeit der umangreich ist, daß die n- für die Unterhaltung v-on den Mitgliedern bejont 20 und 160 Bfg. pro Jahr-tariae unterhält der Ver-kommission werden 2 Ge-ganz unterhalten. An 5 Kartellklasse gebet, an 5-glieder nebst dem besonde-ren außerdem Beiträge v-leistet. Durch besondere V-werden die Kosten für das Von diesen Orten erheben besondere Beiträge, an ein-trag von der Kartellklas-Sekretariate tragen ferner an 37 Orten die Particio-Arbeiterunternehmungen, mitteln erhalten die Se-Sekretariat Koburg wird v-mitteln unterhalten.

Die Frequenz der Ar-be andere einen Ueberschlag Ins-gesamt wurden die Se-Ausfuntsstellen in Un-gegenüber dem Vorjahre b-Von den Personen, welche waren 295 75 männliche, deren Angehörige, weitere selbständige Gewerbetreibe-nehmer zu bezeichnende Vereine und Korporationen 1908 in Anspuch nahm Sekretariats wohnten von anderen Orten kamen 13 Personen waren 344 625 organisiert.

Die Gesamtzahl der ert-jahre 515 039, wovon 36 39 ledigang fanden. Das Re-beträgt 76 826.

Nicht nur Ausfuntsst- die Zahl der angefertigten eine bedeutende Steigerung 131 129, also um 26 114 fertigten Schriftstücken ent-gleich 34,7 Prozent, Arbe-9,5 Prozent, Bürgerliches meinde- und Staatsangele

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 140.

Bielefeld, Sonnabend, 19. Juni 1909.

20. Jahrg.

Die deutschen Arbeiterssekretariate im Jahre 1908.

Eine alte Fabel berichtet von einem Richter, der einen Geizhals verurteilte, seinem Arbeitspferde das Gradenbrot bis an sein Lebensende zu geben, nachdem es alt und gebrechlich seinem Herrn auch die geringsten Dienste nicht mehr leisten konnte. Die heutige Gesellschaftsordnung hat aus dieser Fabel eine Unwahrheit gemacht. Alt und verbraucht oder durch einen Unfall vor der Zeit invalid, wird selbst dem Arbeiter das vorzuenthalten versucht, was jener gerechte Richter dem Arbeitspferd gewährte.

Wie viele Kämpfe mußte die Arbeiterklasse führen, um das bishigen Arbeiterschicksal, das Nichtwert sozialer Gesetzgebung, herbeizuführen, das die Arbeiterklasse besitzt. Mit welcher zähen Energie suchten die ausführenden Organe des Kapitals den Arbeiter Tag für Tag, Stück für Stück des — erlangenen Rechts — wenn wir es so nennen wollen, zu nehmen, die Gewährung einer Rente dem invaliden Arbeiter, für geleistete Arbeit, für seinen Lebensabend vorzuenthalten.

Gerade jetzt, wo die Gegner der aufstrebenden Arbeiterklasse dabei sind, angeblich der Forderung nach Vereinheitlichung der sozialen Gesetzgebung nachkommend, den Arbeitern ein großes Stück des erlangten Rechts auf einmal zu entwinden; gerade jetzt erscheinen die Institutionen, welche für den Arbeiter die Waffe zum Kampfe um seine schmalen Rechte bilden, von erhöhter Bedeutung.

Trotz der Krise nun und des damit zusammenhängenden Umstandes, daß die Gewerkschaften gezwungen waren, Mittel sowohl als verfügbare Kräfte für die innere Konsolidierung der eigenen Organisation zu verwenden, haben die Sekretariate und ihre Tätigkeit auch im letzten Jahre eine erfreuliche Ausbreitung erfahren. Mögen einerseits die gleichen Ursachen, aus welchen die Unternehmer die Krisenzeit für geeignet halten, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, hierzu die Veranlassung gegeben haben, so erbliegen andererseits die durch die Statistik festgestellten Tatsachen den Beweis dafür, wie unfruchtbar es ist, von einem Rückgang der Arbeiterbewegung zu fabeln.

Die vorjährige Statistik berichtet über 96 Sekretariate und 192 Auskunftsstellen. Von den im Vorjahre gezählten Sekretariaten ist in diesem Jahre Bromberg unter die Auskunftsstellen gezählt. Das Solinger Sekretariat ist in diesem Jahre in der Statistik nicht aufgeführt, die Ursache ist der leidige Streit. Neu hinzugekommen sind die Sekretariate Neumünster, Nieslohn, Hof, Wartheim, Borna, Birna, Eßlingen, Heidelberg und Mülhausen i. G., insgesamt also 9, so daß die Statistik für 1908 mit einer Gesamtzahl von 103 Sekretariaten abschließt.

Auskunft gewähren allen Auskunftsstellen, die sich an das Sekretariat wenden, 72 Sekretariate, von diesen gewähren 59 auch Rechtshilfe allen Personen, die darum nachsuchen, die anderen 13 gewähren Rechtshilfe nur organisierten oder organisationsfähigen Personen. Nur an gewerkschaftlich organisierte und organisationsfähige erteilen Auskunft und gewähren Rechtshilfe 13 Sekretariate, weitere 18 Sekretariate gewähren Auskunft und Rechtshilfe nur gewerkschaftlich oder politisch organisierten oder deren Angehörigen. Vertretungen an Gerichten übernehmen ständig 76 Sekretariate, während weitere 6 hierzu nur in Ausnahmefällen bereit sein können, da die dort vorhandenen Arbeitskräfte die nötige Zeit, Vertretungen selbst übernehmen zu können, nicht übrig haben. Wie diese Zahlen ergeben, ist einer beträchtlichen Zahl von Arbeitersekretariaten die Möglichkeit zu einer Vertretung genommen. Zum Teil liegt dies am Mangel an verfügbaren Arbeitskräften, zum größeren Teil aber daran, daß die Sekretäre zur Vertretung vor Gerichten nicht zugelassen werden. Von den Sekretariaten, welche Vertretungen übernehmen, wird auch in diesem Jahre berichtet, daß sie an einigen Gerichten zugelassen werden, an anderen nicht.

Die Behandlung der Forderung an den Reichstag, diesen ungleichen Rechtszustand zu beseitigen, hat wieder mal recht deutlich gezeigt, von wem und an welchen Stellen Arbeiterinteressen vertreten werden.

Die Beschwerdevermittlung an die Gewerbeaufsicht wird von fast allen Sekretariaten übernommen, es sind dies deren 93, ferner befaßt sich 67 mit der Aufnahme von Statistiken. Bei 76, nahezu drei Viertel aller Sekretariate, gehörte die Agitation für die Ausbreitung der Gewerkschaften oder andere gewerkschaftliche Arbeiten mit zum Tätigkeitsgebiet. Rein gewerkschaftliche Arbeiten werden nur dort von den Sekretariaten nicht erledigt, wo neben ihnen ein Gewerkschaftsbureau besteht, oder aber, wo die Tätigkeit der Sekretäre auf anderen Gebieten so umfangreich ist, daß die nötige Zeit für solche Arbeiten fehlt.

Für die Unterhaltung der Sekretariate werden in 38 Orten von den Mitgliedern besondere Beiträge erhoben, die sich zwischen 20 und 160 M. pro Jahr und Mitglied bewegen. 12 Sekretariate unterhält der Bergarbeiterverband. Von der General-Kommission werden 2 Sekretariate vollständig, 2 weitere fast ganz unterhalten. An 39 Orten werden die Kosten aus der Kartellkasse gedeckt, an 5 von diesen 39 Orten zahlen die Mitglieder nebenbei besondere Beiträge, in einem dieser Orte werden außerdem Beiträge von den beteiligten Organisationen geleistet. Durch besondere Beiträge der beteiligten Organisationen werden die Kosten für das Sekretariat an 20 Orten aufgebracht. Von diesen Orten erheben 2 nebst dem noch von den Mitgliedern besondere Beiträge, an einem Ort wird außerdem noch ein Beitrag von der Kartellkasse geleistet. Zur Unterhaltung der Sekretariate tragen ferner bei bzw. zahlen bestimmte Zuschüsse an 37 Orten die Parteiorganisationen, an 8 Orten verschiedene Arbeiterunternehmungen. Zuschüsse aus Staats- und Gemeindegeldern erhalten die Sekretariate Bant und Gotha. Das Sekretariat Koburg wird vollständig auf Staats- und Gemeindegeldern unterhalten.

Die Frequenz der Arbeiterssekretariate gibt mehr als alles andere einen Überblick über die Entwicklung der Sekretariate. Insgesamt wurden die Sekretariate im Jahre 1908 von 488 895 Auskunftsfindenden in Anspruch genommen, die Steigerung gegenüber dem Vorjahre beträgt 69 063, das sind 14,12 Prozent. Von den Personen, welche das Sekretariat in Anspruch nahmen, waren 235 275 männliche, 69 825 weibliche Arbeitnehmer oder deren Angehörige, weitere 21 650 Personen waren Arbeitgeber, selbständige Gewerbetreibende oder sonstige nicht als Arbeitnehmer zu bezeichnende Personen. Die Zahl der Behörden, Vereine und Korporationen, welche ein Sekretariat im Jahre 1908 in Anspruch nahmen, beträgt 2145. Am Orte des Sekretariats wohnten von den Auskunftsfindenden 357 410, aus anderen Orten kamen 131 485. Von allen auskunftsfindenden Personen waren 344 623 oder 70,8 Prozent gewerkschaftlich organisiert.

Die Gesamtzahl der erteilten Auskünfte betrug im Berichtsjahre 515 039, wovon 36 396 oder 7 Prozent schriftlich ihre Erledigung fanden. Das Mehr an Auskünften gegen das Vorjahr beträgt 76 826.

Nicht nur Auskunftserteilung und Rechtshilfe, sondern auch die Zahl der angefertigten Schriftsätze weist gegen das Vorjahr eine bedeutende Steigerung auf, diese Zahl stieg von 105 015 auf 131 129, also um 26 114 oder 24,8 Prozent. Von den angefertigten Schriftsätzen entfallen auf Arbeiterverföhrung 45 525 gleich 34,7 Prozent, Arbeits- und Dienstvertrag 12 476 gleich 9,5 Prozent, Bürgerliches Recht 16 411 gleich 12,5 Prozent, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 19 355 gleich 14,8 Prozent,

Strafrecht 5667 gleich 4,3 Prozent und Sonstige Sachen 21 693 gleich 4,2 Prozent. Unter Sonstige Sachen sind 10 002 Schriftsätze einbezogen, für welche keine Spezialangaben gemacht worden sind.

Das Gebiet der Arbeiterverföhrung erforderte auch in diesem Jahre einen größeren Prozentsatz der Tätigkeit der Sekretariate. Es wurde Auskunft erteilt und Rechtsbeistand geleistet in Sachen der Arbeiterverföhrung in 154 784 Fällen gleich 30,1 Prozent der Gesamtfälle; den nächstgrößeren Teil an Arbeitsleistung erforderte das Gebiet Bürgerliches Recht; es wurden auf diesem Gebiete Auskünfte erteilt und Rechtshilfe gewährt in 149 814 Fällen gleich 29,1 Prozent. Es folgen dann Gemeinde- und Staatsangelegenheiten mit 75 348 gleich 14,6 Prozent; Arbeits- und Dienstvertrag mit 73 759 gleich 14,3 Prozent; Strafrecht mit 33 017 gleich 6,4 Prozent; Arbeiterbewegung mit 7509 gleich 1,5 Prozent; Privatversicherung mit 4889 gleich 0,9 Prozent; Handels- und Gewerbebetriebe mit 3535 gleich 0,7 Prozent und Vereins- und Verammlungsrecht mit 1093 Fällen gleich 0,2 Prozent erteilter Auskünfte bzw. geleisteter Rechtshilfe. In sonstigen Angelegenheiten wurde noch in 11 291 Fällen gleich 2,2 Prozent Auskunft erteilt bzw. Rechtshilfe geleistet. Von den im letzten Jahre in bezug auf Arbeiterverföhrung erteilten Auskünften entfallen auf Unfallverföhrung 91 145 oder 55,9 Prozent, auf Krankenversicherung 30 461 oder 19,7 Prozent, auf Knappschaftsweisen 4273 oder 2,7 Prozent, auf Invalidenversicherung 28 905 oder 18,7 Prozent.

Seit dem Jahre 1901 wurden von den Arbeiterssekretariaten insgesamt 2 446 808 Auskünfte und Rechtshilfen geleistet, davon entfallen auf die Arbeiterverföhrung 725 134 gleich 29,6 Prozent, auf Bürgerliches Recht 711 822 gleich 29,1 Prozent, auf Arbeits- und Dienstvertrag entfallen 365 919 gleich 15,8 Prozent, auf Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 280 096 gleich 11,4 Prozent, dann folgen Strafrecht mit 171 158 gleich 7,0 Prozent, Arbeiterbewegung mit 43 861 gleich 1,8 Prozent, Privatversicherung mit 28 369 gleich 1,2 Prozent, Handels- und Gewerbebetriebe mit 11 104 gleich 0,5 Prozent und Vereins- und Verammlungsrecht mit 4470 gleich 0,2 Prozent, 75 757 gleich 3,1 Prozent sind dann noch unter Sonstiges verzeichnet.

82 Sekretariate hatten in zusammen 4264 Fällen persönliche Vertretungen übernommen, gegen das Vorjahr ein Mehr von 1089 Fällen, die Steigerung beträgt also 34,3 Prozent; eine Tatsache, die als sehr erfreulich bezeichnet werden kann. Wenn auch die Zahl der berichtenden Sekretariate eine Zunahme erfahren hat, so ist doch, wie Vergleiche mit dem Vorjahre ergeben, die Gesamtleistung im wesentlichen auf die Steigerung in den einzelnen Sekretariaten zurückzuführen. Von den 4264 Vertretungen wurden wahrgenommen: vor dem Schiedsgericht für Arbeiterverföhrung 2208 gleich 51,8 Prozent, dem Reichs- bzw. Landesverwaltungsamt 462 gleich 10,8 Prozent, dem Gewerbeamt, Kaufmannsgericht 799 gleich 18,7 Prozent, dem Amtsgericht 562 gleich 13,2 Prozent und den Verwaltungsbehörden und Gerichten 169 gleich 4,0 Prozent.

Die Zahl der von 75 Sekretariaten wahrgenommenen Termine beträgt 4294. Der Ausgang der von 71 Sekretariaten vertretenen Rechtssache wurde insgesamt in 14 483 Fällen bekannt, davon waren 10 466 oder 72,3 Prozent erfolgreich, 4017 oder 27,7 Prozent erfolglos.

Die Gesamteinnahme der berichtenden Sekretariate betrug 453 157 Mark, welcher eine Gesamtausgabe von 410 435 Mark gegenübersteht. Die Gesamteinnahmen verteilen sich in 126 841 Mark aus den Kartellkassen, 111 925 Mark aus Beiträgen der beteiligten Organisationen, 153 496 Mark aus den laufenden Beiträgen der Mitglieder, 38 419 Mark waren Zuwendungen von Parteiorganisationen, Genossenschaften und anderen Arbeiterunternehmungen, 22 476 Mark waren sonstige Einnahmen. Unter den Zuwendungen befinden sich 5390 Mark aus Staats- und Gemeindegeldern, welche für die Sekretariate Bant, Koburg und Gotha gezahlt werden. Ferner sind in dieser Summe Zuschüsse von der Generalkommission 18 607 Mark, Zuschüsse von Parteiorganisationen 10 485 Mark enthalten.

Dasselbe erfreuliche Bild des Wachstums wie die Sekretariate bieten uns auch die Auskunftsstellen; ihre Zahl stieg von 132 im Jahre 1907 auf 157 im Jahre 1908. Die Frequenzzahl weist 1908 die größte Steigerung auf, die in den letzten Jahren zu verzeichnen war.

Die Zunahme der erteilten Auskünfte betrug 1906: 1535 oder 7,7 Prozent, 1907: 4105 oder 18,5 Prozent und 1908: 10 346 oder 39,4 Prozent. Die unentgeltliche Auskunftserteilung erfolgte in 128 Orten an alle Auskunftsfindenden, in 29 Orten nur an Gewerkschaftsmitglieder und deren Angehörige. Neben der Auskunftserteilung befaßten sich die Auskunftsstellen auch mit der Abfassung von Klagen, Rekursen, Beschwerden und anderen schriftlichen Arbeiten; es werden solche von 144 Auskunftsstellen übernommen. Von den 36 618 erteilten Auskünften sind für 8535 keine Angaben dahin gemacht, auf welche Gebiete sie entfallen. Die einzelnen Gebiete der Auskunftserteilung gruppieren die Zahl der erteilten Auskünfte nach wie folgt: Arbeiterverföhrung 8616, Bürgerliches Recht 5052, Arbeits- und Dienstvertrag 4386, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 3750, Strafrecht 1776, Arbeiterbewegung 1412, Privatversicherung 606, andere Angelegenheiten 2485.

Was in bezug auf den Wert und die Bedeutung der Sekretariate gesagt worden ist, trifft auch, gewissermaßen en petit, auf die Auskunftsstellen zu; sie sind dort der Fackelträger, wo es infolge der nicht genügenden gewerkschaftlichen Organisation nicht möglich oder nicht ratsam war, ein Sekretariat zu errichten. Zu beachten ist, daß durch die Statistik der Sekretariate und Auskunftsstellen der Gewerkschaftsarbeiterssekretariate die gesamte Rechtsauskunftserteilung, die von den gewerkschaftlichen Organisationen gewährt wird, dargestellt ist. Es fehlen in dieser Statistik die Angaben über die Rechtsauskünfte und Rechtshilfe, welche von den Angestellten der Zweigvereine der Zentralverbände den Mitgliedern gewährt wird. Diese Auskunftserteilung und Rechtshilfe ist besonders in den größeren Zweigvereinen, in denen besoldete Beamte tätig sind, überaus umfangreich, und dürfte die Auskunftserteilung, welche von den Rechtsauskunftsstellen der Kartelle erfolgt, an Umfang überholen.

Wie sich die Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftsstellen zusammengenommen von 1907 bis 1908 entwickelt hat, zeigt nachfolgende Darstellung:

Zahl der Arbeiterssekretariate und Auskunftsstellen in den Jahren	Gesamtzahl der erteilten Auskünfte und Fälle der Rechtshilfe		Zunahme der Auskünfte v. geg. d. Vorj.		
	1907/1908	1907		1908	
Arbeiterssekretariate .	96	103	438 213	515 039	76 826
Auskunftsstellen . . .	132	157	26 272	36 618	10 346
Zusammen	228	260	464 485	551 657	87 172

Wie ersichtlich, hat sich die Zahl der Orte, in welchen Einrichtungen für Auskunftserteilung und Rechtsbeistand vorhanden waren, um 32 und die Zahl der erteilten Auskünfte oder Rechtshilfen um 87 172 vermehrt.

Gegnerische Arbeiterssekretariate und Rechtsauskunftsstellen waren zu ermitteln: 98 katholische Sekretariate und 83 katholische und evangelische Volksbureaus und Rechtsauskunftsstellen. Für die Kirch-Dunderischen Gewerbevereine werden 8 Arbeiterssekretariate und 42 Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsstellen angegeben. Unter letzteren 42 Auskunftsstellen befinden sich aber

nicht weniger als 23, welche von einem einzelnen Verbandsrat erteilt worden sind und welche nur an die eigenen Mitglieder Auskunft erteilen. Derartige Auskunftsstellen werden bei den Zentralverbänden als selbständige Auskunftsstellen, wie an anderer Stelle schon bemerkt, nicht gezählt.

Ferner wurden ermittelt 22 gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen und 59 kommunale oder staatliche Rechtsauskunftsstellen. Frauen-Rechtsauskunftsstellen waren nach dem „Rechtsarbeitsblatt“ 1907 74 vorhanden. Es bestehen also neben den Rechtsauskunftsstellen der freien Gewerkschaften zusammen 386 Einrichtungen, welche Rechtsauskunft erteilen und Rechtshilfe gewähren; in welchem Umfange diese als Sekretariate oder Rechtsauskunftsstellen im Sinne unserer Statistik zu bezeichnen sind, entzieht sich einer genaueren Kontrolle.

Um aber jeder irigen Beurteilung zu begegnen, sei bemerkt, daß die Aufzeichnungen über die gegnerischen Sekretariate und Auskunftsstellen nicht unter dieselbe kritische Lupe genommen werden dürfen als die der freien Sekretariate und Auskunftsstellen. Die uns durchaus erklärliche Scheu unserer Gegner gegen die Statistik beeinflusst auch ihr Verhalten bei Aufzeichnungen über die Rechtsauskunftsstellen. Die bisher veröffentlichten Aufzeichnungen aller Richtungen sind äußerst mangelhaft.

Zahlen für 1908 über die Frequenz dieser Rechtsauskunftsstellen sind, mit Ausnahme der für die Kirch-Dunderischen Rechtsauskunftsstellen, zurzeit nicht vorhanden. Die Veröffentlichungen der Kirch-Dunderischen Auskunftsstellen und Sekretariate erstrecken sich nur auf 34 von 50 vorhandenen Rechtsauskunftsstellen. Diese erteilten insgesamt 15 332 (1907 13 470) Auskünfte, fertigten 4875 (1907 3422) Schriftsätze an und übernahmen 546 (1907 619) persönliche Vertretungen. Der Vollständigkeit halber wollen wir nicht verschweigen, daß in der Tabelle der Kirch-Dunderischen Statistik, wiewohl neben den Gesamtzahlen eine Einzelangabe der erteilten Auskünfte gegeben wird, 656 in „Gewerbevereinsangelegenheiten“ und 172 „Agitation des Sekretärs“ betreffende Auskünfte der Gesamtzahl mit eingerechnet sind. Trotz der aus den Veröffentlichungen der Gegner hervortretenden Tatsache, daß die gegnerischen Rechtsauskunftsstellen weder an Zahl noch an Frequenz mit den unsrigen heranziehen, sollen wir dieselben sowie ihren Entwicklungsgang ständig beobachten, da diese Rechtsauskunftsstellen nicht lediglich dem Rechtsschutz, sondern neben diesem der Verbreitung des „christlichen oder nationalen Gedankens“ dienen sollen, dazu dienen sollen, der verdamnten roten Gesellschaft das Wasser von der Mühle zu nehmen. Von diesem Gedanken getragen, sind auch einige politische Vereine an die Gründung von Auskunftsstellen herangegangen. Ein Verein befindet sich darunter, dessen Namen in Verbindung mit dem Worte Rechtsauskunftsstelle man nur gebrauchen kann, wenn man der Rechtsauffassung des größeren Teiles des deutschen Volkes Zwang antut. Wir meinen die „Rechtsauskunftsstelle des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“, wie man es an der einen, oder das „Vaterländische Volksbureau“, wie man es an der anderen Stelle getauft hat. Die Zahlen über diese Einrichtungen sind, soweit solche vorliegen, unvollständig, haben auch schließlich hier keinen Ort.

Überblickend wir zum Schluß das Ganze, so erkennen wir trotz der Krise ein Bild voll Kraft und mühevoller Schaffen in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, ein stetes Vorwärtsschreiten trotz aller Gegnerschaft. Daß es stets so sein wird, dafür sorgt die in der Massenbewegung der Arbeiterschaft vorhandene Energie und die Unabgabartheit der Ideen, von der die freien Gewerkschaften getragen sind. J. Guttmid.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streit in der Kammgarnindustrie in Mülhausen i. G. ist von den Ausständigen dreier Fabriken und zwar der Kammgarnspinnereien Schwarz u. Cie., Laederich u. Cie. und Glück u. Cie. am Mittwochabend durch einstimmigen Beschluß aufgehoben worden, weil die zunehmende Abbröckelung die weitere Fortführung des Kampfes aussichtslos erscheinen ließ. Bei einer vierten Spinnerei, bei Knebel u. Cie., war die Freinahme der Arbeit ohne Versammlungsbeschluß bereits erfolgt. Donnerstag vormittag beschloß darauf die Arbeiterschaft der Spinnerei Köhlin, Schmidt u. Cie., die im ganzen Kampfe die größte Einmütigkeit bewiesen hatte, am Freitag vormittag die Arbeit ebenfalls wieder aufzunehmen. Der Streit bei Engel u. Cie., der infolge der Zuminung der Fabrikanten, Streikarbeit für diese Firma zu leisten, zur Arbeitseinstellung in den übrigen fünf Mülhäuser Kammgarnspinnereien geführt hatte, dauerte am Donnerstag ebenfalls noch an, dürfte jedoch am Freitag zu Ende gegangen sein. Zugeständnisse wurden nur in den beiden letzten Fabriken erreicht, nämlich die Zulieferung der Kontrolle durch die Arbeiter beim Abwiegen der gelieferten Arbeit und die platonische Zusage, man werde sehen, ob sich auf einzelne Garne eine Lohnverbesserung einführen ließe. Im übrigen erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit bedingungslos. Die Bewegung scheiterte, weil nur etwa 30 Prozent aller Ausständigen organisiert waren, die übrigen also ohne Streikunterstützung dahanden, was ein längeres Ausbarren im Kampfe natürlich ausschloß. Nachregelungen sollen nicht erfolgen, nur stellen die Unternehmer die Bedingung, daß die zur Arbeit Zurückkehrenden die Arbeitswilligen, die nicht mitgetreten hatten, als Ehrenmänner zu behandeln hätten. Die Ausständigen behandelten diese Fabrikantenäußerung zugunsten der Ehrenmänner von Unternehmern, nachdem als einen Wunsch, zu dem man nicht Stellung nimmt.

Verrätene christliche Arbeiter. Die bayerischen Spiegelglasarbeiter, die, um eine in den letzten Jahren nach und nach eingetretene bedeutende Lohnsenkung und eine neuerdings wieder vorgenommene Lohnverschlechterung wieder wett zu machen, vor mehreren Wochen in den Ausstand getreten sind und damit eine 30prozentige Lohnforderung verbunden haben, werden nun vom christlichen Arbeiterverband, dem die meisten angehören, elend im Stich gelassen. Vor vierzehn Tagen noch haben die christlichen Bezirksleiter die Arbeiter zum Aushalten aufgefordert, und nun, nachdem anscheinend kein Geld mehr in der christlichen Kasse ist, donnern die christlichen Führer in den Versammlungen der Streikenden, der Streik müsse aufgeloben werden, denn die Lohnforderungen seien unberechtigt. Die christlichen Arbeiter werden nun an ihren Führern irre und holen sich Rat bei den Sozialisten!

Weitere Verratsverurteilungen verurteilte der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller am 10., 11. und 12. Juni. Dreizehn Hamburger Firmen werden namhaft gemacht, die wegen des in der Betonbranche stattfindenden Streiks am 5. Juni ihre Arbeiter ausgeperrt haben. Die beigefügte Liste enthält die Personalien von 425 Arbeitern. Ein anderes Rundschreiben enthält die Mitteilung, daß die Maurer, Zimmergehilfen und Bauarbeiter in Akenrade in den Streik getreten sind. Auch diesem Rundschreiben liegt eine Liste mit den Personalien von 104 Arbeitern bei. 639 Arbeiter werden also an ihrem weiteren Fortkommen gehindert! Das ist natürlich kein Terrorismus und hindert die Unternehmer nicht, bei jeder ihnen passenden Gelegenheit über den Terrorismus der Gewerkschaften zu schimpfen.

Neber die Dauer der Mitgliedschaft hat der Holzarbeiterverband eine nicht uninteressante Aufstellung gemacht. Dies

und Totenwäsche halte bereit, wenn ein-
gepflegen. W. Kölling, Brackweide
Bielefeldersstr. 42. [3244

Harms & Co. grosse Stickerei-Woche

beginnt Montag nachmittag!

Lesen Sie auf jeden Fall Montag unsere Anzeige.

Sommertheater.

(Brinkhoffs Tonhalle.)
Sonabend, den 19. Juni 1909,
Anfang 8 1/2 Uhr:
Volkstümliche Vorstellung zu kl. Preisen.
Sie weiss etwas.
Schwank in 4 Aufzügen von:
Hudolf Kneifel.
Sonntag, den 20. Juni, Anf. 8 Uhr:
Novität:
Liebesgewitter.
Schwank in 3 Akten von Léon Xanrof.
Montag (zum 2. Male):
„... so ich dir!“

PASTOR FELKES
alkoholfreies
Erfrischungs-Getränk
CORRI
ärztlich empfohlen.
Joh. Rosen
Fabrikation alkoholfreier Getränke.
Bielefeld, Fernruf 1664

Liebreiz

verleiht ein gutes, reines Gesicht,
rosiges, jugendfrisches Aussehen,
weisse, sammetweiche Haut und
blühend schöner Teint. 1882
alles dies erzeugt die allein echte
Stiefenpferd-Willenmisch-Seife
v. Bergmann & Co., Radebeul,
à St. 50 Pfg. bei L. Schäfer.

Ein Urteil der Presse: Hagenbeck-Schau

Nur
„Was die
bietet, hat man noch nie gesehen.“
Vom 19. bis incl. 28. Juni in
Bielefeld, Kaiser-Wilhelm-Platz

Täglich abends 8 1/4 Uhr: **Grosse Gala-Vorstellung.**
Sonntag, Mittwoch und Sonnabend
(ausgenommen der Eröffnungs-Sonabend)

Grosse Nachmittags-Vorstellung

um 4 Uhr
mit garantiert demselben Programm wie abends.
Billette für die Abend-Vorstellungen im Vorverkauf bei: M. Niemeyer, Jahnplatz,
Rudolf Fiedler, Alter Markt, und für alle Vorstellungen an der Tageskasse.

Fernruf 479.

Zahnziehen
mit Anästhe-
ticum. Fast
schmerzlos. 1 Mk.
Kinder 50 Pf.
Kaffee- und Tee-
Küchen, plumbieren u. billigt
S. Klarowicz,
3143 Brunnenstrasse.

Zur Reklame
erhalten Radler mit grösserem
Bekanntheitskreis prima Fahrrad
für ermässigten Preis.
Schoiz, Fahrradw.
Steinlau a. O. Nr. 197.
Schläuche 1,90 2,30, 2,75 3,60
Decken 1,95 2,75 3,75 5 Mk.
Starke Gebirgsdecken 4,75 6,25

2 Dachdeckergehilfen

zu sofort gesucht. 3359

H. Niesselt, Brahe, Lippe.

In der Buchhandlung „Volkswohl“
ist zu haben:

Jugendgeschichte einer Arbeiterin.

Von ihr selbst erzählt, mit einem
... ..
Ang. Weber.

Preis 1 Mk. Porto n. ausw. 10 Pfg.

Frauen!

Berücksichtigt bei
der Anstellung der
„Volkswohl.“

Freie Turnerschaft Bielefeld
Abteilung „Hoffnung“
feiert am Sonntag, 20. Juni, in den Lokalitäten
des Herrn C. H. Apenbrot, Herforderstrasse 242
ihr

13. Stiftungs-Fest

bestehend in
turnerischen Aufführungen, Gesangsvorträgen,
Reigenfahrten und **BALL.**
Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Hierzu ladet Freunde und Gönner der freien Turnerschaft freundlichst ein
Das Festkomitee.

Am Sonntag, den 20. Juni,
feiert der
Radfahrer-Verein „Fliegender Adler“
(Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“)
sein

3. Stiftungsfest

im Lokale des Herrn **Lohmann, Bielefeld.**
Es ladet ein **Der Vorstand.**

Freie Turnerschaft
Brackwede
Abteilung „Frisch Auf“
feiert am
Sonntag, den 20. Juni,
im Lokale des Herrn C. Schröder,
Brackwede, ihr

XI. Stiftungs-Fest

bestehend in
turnerischen Aufführungen und **BALL.**
Herrenkarten im Vorverkauf 40 Pfg. An der Kasse 50 Pfg.
Damenkarten „ 25 „ „ 30 „
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Festkomitee.

Zentral-Theater
Inh.: Julius Kaiser.
Sonntag, den 20. d. Mis.:
Extra grosses Garten-Konzert
auf dem neuen
Riesen-Auxeto-Trombophon.
Bei schlechter Witterung findet das Konzert im gr. Saale statt.
Entree frei. Bier 10 Pfg. Entree frei.

W. Tuxhorn, Bleichstrasse.
Sonntag, den 20. Juni: 33245
TANZ. TANZ.
Es ladet freundlichst ein **W. Tuxhorn.**

Carl Senker, Herforderstrasse.
Sonntag, den 20. Juni: 2503
TANZ. TANZ.

Heinr. Bewekenhorn,
Bürgerweg 50. 3144
Sonntag, den 20. Juni: **Ball.**

Bürger-Saal.
Sonntag, den 20. Juni: **Tanz.**
Es ladet freundl. ein **G. Imkamp, Engerschestrasse 1.**
NB. Am 18. Juli feiert der Arbeiter-Radfahrer-Klub „Vorwärts“
sein Stiftungsfest.

Sonntag, den 20. Juni 1909: 3338*
Grosses Tanzkränzchen.
Es ladet freundlichst ein **J. H. Gröppel, Biegelstrasse 67.**
NB. Am Sonnabend, 26. Juni, findet in meinem Lokale ein
grosser Sommernachtsball statt.

H. Bracksiek, Safferweg.
Sonntag, den 20. Juni: 3346
Grosser Ball.

Sonntag, den 20. Juni: 3347
TANZ.
Hierzu ladet freundlichst ein **W. Vogt, Safferweg.**

Restaurant Kleinert.
Sonntag, den 20. Juni: 3339*
Grosser Ball.
Entree: Herren 20, Damen 10 Pfg.
Es ladet freundlichst ein **G. Kleinert Ww.**

Restaurant Wilh. Wöhler
Heeperstrasse 78. 3335*
Empfehle meine Lokalitäten zur Abhaltung von
Hochzeiten, Vereins-Festlichkeiten
und **Versammlungen.**
Mein schöner schattiger **Garten** bietet angenehmen Aufenthalt.
Gut gepflegte Getränke. — Aufmerksame saubere Bewirtung.

Restaurant u. Gartenwirtschaft
C. Lütke-meier, Wertherstrasse.
Schöner, schattiger Aufenthalt
für Familien und Vereine. 2624
Jeden Sonntag: **Konzert.**

Zigarren-Import- und Versand-Haus
Carl Schweppe.
Bahnhofstrasse 39 Hotel Vereinshaus 39
Bürgerweg 43 Ecke Gr. Kurfürstenstr.
Grosses Lager in
Havanna-Zigarren
sowie in durchaus erstklassigen deutschen Fabrikaten.
Ferner empfehle die so beliebten Spezialmarken der Zigaretten-
Fabrik „Juwel“, Dresden
„Kleine Sachsen“ per Stück 2 und 3 Pfg.,
garantiert Handarbeit.
„Bazara“ per Stück 3 1/2 — 10 Pfg.,
nach Cairo-Art. 3095
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Bahnhofstrasse 39 Fernspr. 469. Bürgerweg 43
Hotel Vereinshaus Ecke Gr. Kurfürstenstr.

2. — Gewerbe-
Juni. Der Ausbilst-
Kaffee-Cafés
99 Mt. Klager behau-
stellt worden, dabei sei
einer vollen Arbeit
die Stellung und dann
hielten, vom Tage de-
ist nun nicht eingetel-
Arbeitskraft, und er
nicht gehalten, den Loh-
bestreitet, daß er ein
voll Beweis erhoben w-
den Fuhrunternehmer
lohn in Höhe von 5
trag nicht herausgeben
gefahren und dadurch
Lohnes angerichtet ha-
erhält 3 Mt. — D.
C. Gundlach u. Co.
Höhe von 18,36 Mt.
durch grobe Fahrlässig-
einen Schaden von ein-
nun dem Klager einen
vom Lohne abziehen.
Parteien, dem Klager
bracht. Nach unserer
den Fällen die Klage
sollen, so bringend aus
Haus ist dazu ra-
Standpunkt, daß dann
einen solchen Vorfall
Schadens gegen den
teilen diese Ansicht dur-
laut des § 394 des B.
Dieser unserer Mein-
Gewerbegerichts, Herr
Jahre beigetreten und
praxis des hiesigen Ge-
Herr Löhr ist seit M.
Standpunkt nähern wi-
den Milchhändler M.
von 1,80 Mt. Der Be-
die ihm zur Abfederung
einen seinem Lohne ein-
Parteien schließen ein
keine Forderung. —
Schale wegen künft-
Entschädigung in Höhe
einmal habe keine Klage
habe die Firma, wenn
zur Entlohnung des Klä-
wiederholt die Arbeit
gaben durch Zeugen be-
zurück. — Der Richter
bera u. Co. auf Zahlung
im Betrage von 200 M.
zunächst drei Monate
aufreihenden Zeitei-
gement für ein Jahr a-
stand, erhielt Klager
200 Mt. Umzugsent-
die Entschädigung sei
lagt die Befragte, die
Fortzug des Klägers v-
sei dieselbe nicht fällig.
der Klager erhält 10
St. Klage gegen die Fir-
rückständigen Lohnes
wird Verjährungsfrist
— Der Bankhofs-
Höfner, Charlottenbur-
der Klus- und Teutobur-
weil sie die Forderung
nicht anerkannt hat.
— Polizeibericht.
1 Broche aus 4 Goldst-
Damenuhr mit langer
Zuglaufen: 1
Zugflozen: 1
Verloren: 1 grü-
tärumbung.
Diebstahl. Am
N. an der Ravensberge-
Stadt Walsblei gestoh-
— kfg. Ueber Braun-
Verderben und Trüb-
Lameinheit und die
(Mikroorganismen) auf
die Folge der Vernach-
derben kann vermieden
der Gärungsreger.
Traubenzucker (Säure-
die Gärung begünstigt.
schliche Körper enthalt-
Dazu gehören die natü-
Gimonadenfäure und d-
genauen Prüfung zu
würden. Eine wichtige
den sind die mit Mi-
Spülwasser. Durch die
Dr. L. Scholten in
reinen, wohl aber n-
Sodabikung zum Aufste-
— ag. Kautschuk b-
gewahrt werden, daß b-
verrichten, namentlich
nach die eigenartige K-
Körpergewicht des Bet-
mit der Tätigkeit selbst
Verchiebung der Füh-
munder ausgeprägter
derurteilt und sogar zu
— Keramische Anstie-
strasse 11. Ausgestellt i-
und Bauernhöfereien
Königlichen Kunstgewer-
von Bielefelder Firmen
Diensttag, Mittwoch, D-
vormittags und von 4-
3-5 Uhr. Sonntags
Eintritt frei. Zu ande-
— Bielefelder Son-
wird uns geschrieben:
Vorstellung zu kleinen
haltenden Schwantes
Sonntag, geht der mit a-
Schwanz „Liebesge-
Montag wird das erd-
zum ersten Male wieder
Wochen-Spielplan
Sonntag, 20. Juni: „L-
Montag, 21. Juni: „L-
Dienstag, 22. Juni: „L-
Mittwoch, 23. Juni: „L-
C. Schiller.
Donnerstag, 24. Juni: „L-
mann Enderman
Freitag, 25. Juni: „L-
Sonntag, 26. Juni: „L-
Sonntag, 27. Juni: „L-

Vorläufige Mitteilung!

Eine Veranstaltung von ganz besonderer Bedeutung bilden unsere am Montag, den 21. Juni, vormittags 10 Uhr, beginnenden billigen

Kurzwaren-Tage!

Zu diesem Zwecke kauften wir in den Industrie-Zentren der Textil-Branche grosse Warenposten weit unter regulärem Wert ein. Getreu unserem Prinzip, erworbene Vorteile in erster Linie unserer werten Kundschaft zugute kommen zu lassen, werden wir derart vorteilhafte Preise stellen, dass diese so beliebten Kurzwaren-Tage noch lange von sich reden machen werden.

Unser Montag erscheinendes Preis-Angebot verdient daher ganz besondere Beachtung!

S. Alsberg & Co.

Wir führen nur wirklich schöne Artikel, deren Qualität u. Preiswürdigkeit vielseitig anerkannt und verbürgt ist.

3349

Dalli-

Seifenpulver
das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz

Stadtparkasse Bielefeld

im neuen Rathause.

Tägliche Verzinsung der Spareinlagen

Zinsfuß $3\frac{3}{4}\%$

Unentgeltliche Ausleihung von Heimsparcassen.

Unentgeltl. Einziehung der Spareinlagen von auswärt. Kassen.

Geschäftsstunden:

8 $\frac{1}{2}$ —1 Uhr vormittags 3—6 Uhr nachmittags.

Annahmestellen:

Bürgerweg 34. Firma Kleinjung & Westerheyde.
Herforderstr. 82. Herr Apothekenbesitzer L. Müller.

Die Verwaltung der Stadtparkasse.
Toerner.

2302

Baugrundstücke

bestens gelegen am Bahnhof Bielefeld Ost, auf dem Russfelde in Sieker, an der Wilhelm- und Sudbrackstrasse in Schildesche sowie in Gellershagen bringen wir in empfehlende Erinnerung und gewähren Kaufliebhabern die vorteilhaftesten Bedingungen.

3334

Bielefelder Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung

Reichsbankstrasse 131.

Verlobungs-Anzeigen liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. Möller, Herforderstr. 82, neben Stadtheilberghaus.

3118



Waschmaschinen

in den verschiedensten Systemen, wie Hand-, Unterantrieb, Querscheib-, Rotations- und Rotationsmaschinen, — erstklassiges Fabrikat der Firma

Karl Kampmann jr. Mülheim

verkauft billig.

Adolf Heine

Spezialgeschäft für Kochherde und Öfen

Ritterstrasse 57.

1796

Bäder, Massagen, Packungen

in und ausser dem Hause.

Frau Schumann, staatlich geprüft.

Cavalleriestrasse 17.

Herford!

3237

Credenstrasse Nr. 35

Credenstrasse Nr. 35

Zahn-Atelier

C. Dietrich Nachf. H. Bertelmann.

Die Geschäftsleute,

die in der „Volkswacht“ inserieren, wolle man bei Einkäufen berücksichtigen.

Wer wäscht

brauche nur

Dr. Henkel's Waschmittel.

Millionenfach erprobt und bestbewährt; über 30-jährige Erfahrungen in der Branche, auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut, beliebt

in der ganzen Welt.

Persil:

Pakete à 35 u. 65 Pfg.

Dixin:

Paket 25 Pfg.

Henkel's Bleichsoda:

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften!

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf.

811

Das idealste und vollkommenste selbsttätige Waschmittel von noch nie dagewesener Wasch- und Bleichkraft.

Wäscht von selbst ohne jede Arbeit und Mühe, ohne Reiben und Bürsten, ohne zweimaliges Kochen, ohne Zusatz von Seife und Soda, ohne Waschbrett. Nur einmaliges halbstündiges Kochen und die Wäsche wird blendend weiss, frisch und duftig wie von der Sonne gebleicht!

Enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld, grösste Schonung der Wäsche, da garantiert unschädlich bei jeglicher Anwendung.

Im Gebrauch billigstes, unerreichtes Waschmittel, erleichtert die Arbeit; kein Bürsten und Waschbrett. Nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine, bleicht wie auf dem Rasen und ist absolut unschädlich. Schont das Gewebe, da frei von Chlor und scharfen Stoffen.

Besten Ersatz für Soda, vorzüglich zum Einsetzen oder Einweichen der Wäsche, zum Reinigen von schmutzigem Küchengerät und Holzgeräten, zum Scheuern von Fussböden und Wänden, zum Säubern von Milchkannen und Molkerei-Gerätschaften, unentbehrlich beim Hausputz etc.



Herford. Berufskleidung jeder Art zu Fabrikpreisen bei 2524

Ernst Zimmermann, Comthurstr. 7.

Möbel aller Art, Betten, Herde, Anzüge

erhält jedermann bei wöchentlicher Abzahlung von

1 Mark an.

Möbel- und Waren-Kredithaus

L. Bech,

Telephon 1459. Brunnenstr. 12a. Telephon 1459.

Nr. 140.

Dent

264. Sitzung vom 1. Juni. Im Bundesratssitzungssaal, Berlin. Vorsitz: Herr v. Helldorf. Gegen die von der Reichsregierung eingebrachte Vorlage des Gesetzes über die Umwandlung der Reichsbank in eine Aktiengesellschaft. Herr v. Helldorf: Ich habe die Ehre, Ihnen die Vorlage des Gesetzes über die Umwandlung der Reichsbank in eine Aktiengesellschaft zu überreichen. Die Vorlage ist in drei Teilen: 1. Der Entwurf des Gesetzes, 2. Der Entwurf des Statuts der Reichsbank, 3. Der Entwurf der Satzung der Reichsbank. Ich bitte Sie, die Vorlage zu prüfen und mir Ihre Bemerkungen mitzuteilen.

Herr v. Helldorf: Ich habe die Ehre, Ihnen die Vorlage des Gesetzes über die Umwandlung der Reichsbank in eine Aktiengesellschaft zu überreichen. Die Vorlage ist in drei Teilen: 1. Der Entwurf des Gesetzes, 2. Der Entwurf des Statuts der Reichsbank, 3. Der Entwurf der Satzung der Reichsbank. Ich bitte Sie, die Vorlage zu prüfen und mir Ihre Bemerkungen mitzuteilen.

Herr v. Helldorf: Ich habe die Ehre, Ihnen die Vorlage des Gesetzes über die Umwandlung der Reichsbank in eine Aktiengesellschaft zu überreichen. Die Vorlage ist in drei Teilen: 1. Der Entwurf des Gesetzes, 2. Der Entwurf des Statuts der Reichsbank, 3. Der Entwurf der Satzung der Reichsbank. Ich bitte Sie, die Vorlage zu prüfen und mir Ihre Bemerkungen mitzuteilen.

Herr v. Helldorf: Ich habe die Ehre, Ihnen die Vorlage des Gesetzes über die Umwandlung der Reichsbank in eine Aktiengesellschaft zu überreichen. Die Vorlage ist in drei Teilen: 1. Der Entwurf des Gesetzes, 2. Der Entwurf des Statuts der Reichsbank, 3. Der Entwurf der Satzung der Reichsbank. Ich bitte Sie, die Vorlage zu prüfen und mir Ihre Bemerkungen mitzuteilen.

Herr v. Helldorf: Ich habe die Ehre, Ihnen die Vorlage des Gesetzes über die Umwandlung der Reichsbank in eine Aktiengesellschaft zu überreichen. Die Vorlage ist in drei Teilen: 1. Der Entwurf des Gesetzes, 2. Der Entwurf des Statuts der Reichsbank, 3. Der Entwurf der Satzung der Reichsbank. Ich bitte Sie, die Vorlage zu prüfen und mir Ihre Bemerkungen mitzuteilen.

Herr v. Helldorf: Ich habe die Ehre, Ihnen die Vorlage des Gesetzes über die Umwandlung der Reichsbank in eine Aktiengesellschaft zu überreichen. Die Vorlage ist in drei Teilen: 1. Der Entwurf des Gesetzes, 2. Der Entwurf des Statuts der Reichsbank, 3. Der Entwurf der Satzung der Reichsbank. Ich bitte Sie, die Vorlage zu prüfen und mir Ihre Bemerkungen mitzuteilen.

Herr v. Helldorf: Ich habe die Ehre, Ihnen die Vorlage des Gesetzes über die Umwandlung der Reichsbank in eine Aktiengesellschaft zu überreichen. Die Vorlage ist in drei Teilen: 1. Der Entwurf des Gesetzes, 2. Der Entwurf des Statuts der Reichsbank, 3. Der Entwurf der Satzung der Reichsbank. Ich bitte Sie, die Vorlage zu prüfen und mir Ihre Bemerkungen mitzuteilen.

Herr v. Helldorf: Ich habe die Ehre, Ihnen die Vorlage des Gesetzes über die Umwandlung der Reichsbank in eine Aktiengesellschaft zu überreichen. Die Vorlage ist in drei Teilen: 1. Der Entwurf des Gesetzes, 2. Der Entwurf des Statuts der Reichsbank, 3. Der Entwurf der Satzung der Reichsbank. Ich bitte Sie, die Vorlage zu prüfen und mir Ihre Bemerkungen mitzuteilen.

Herr v. Helldorf: Ich habe die Ehre, Ihnen die Vorlage des Gesetzes über die Umwandlung der Reichsbank in eine Aktiengesellschaft zu überreichen. Die Vorlage ist in drei Teilen: 1. Der Entwurf des Gesetzes, 2. Der Entwurf des Statuts der Reichsbank, 3. Der Entwurf der Satzung der Reichsbank. Ich bitte Sie, die Vorlage zu prüfen und mir Ihre Bemerkungen mitzuteilen.

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 140.

Vielefeld, Sonnabend, 19. Juni 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

264. Sitzung vom Freitag, 18. Juni, 1 Uhr nachmittags.
Am Bundesratssitz: Fürst Bismarck, Seydow, v. Bethmann-Hollweg, Delbrück, Dernburg, v. Rheinbaben.

Fortsetzung der Beratung der neuen Steuern.
Preussischer Handelsminister Dr. Delbrück wendet sich gegen die von der Rumpfkommmission vorgeschlagene Mühlen- und Kalksteuerveränderung, die den Kalksteuern der Kalkwerke gegenüber die Mühlensteuern der Mühlenbesitzer zu Ungunsten der Mühlenbesitzer zu vermindern. Man spreche immer von einer Besteuerung des Kalksteins, in Wirklichkeit aber bezieht die Kalksteuer gar nicht die Kalkwerke, die sie versteuern sollen. Die Kalkwerke sind im Besitz aller Kalkwerke, die sie versteuern sollen. Die Kalkwerke sind im Besitz aller Kalkwerke, die sie versteuern sollen.

Abg. Dr. Wiemer (Fr. Bp.): Das Schicksal der Finanzreform ist noch nicht entschieden. Aus den Ausführungen des Grafen Helldorf und des Abg. Singer ist nicht zu ersehen, wie die Kalkwerke die Kalkwerke zu versteuern werden. In der Rede des Abg. Singer vermehrt man die Kalkwerke der Kalkwerke. Die Kalkwerke sind im Besitz aller Kalkwerke, die sie versteuern sollen. Die Kalkwerke sind im Besitz aller Kalkwerke, die sie versteuern sollen.

Abg. Dr. Wiemer (Fr. Bp.): Das Schicksal der Finanzreform ist noch nicht entschieden. Aus den Ausführungen des Grafen Helldorf und des Abg. Singer ist nicht zu ersehen, wie die Kalkwerke die Kalkwerke zu versteuern werden. In der Rede des Abg. Singer vermehrt man die Kalkwerke der Kalkwerke. Die Kalkwerke sind im Besitz aller Kalkwerke, die sie versteuern sollen. Die Kalkwerke sind im Besitz aller Kalkwerke, die sie versteuern sollen.

Abg. Dr. Wiemer (Fr. Bp.): Das Schicksal der Finanzreform ist noch nicht entschieden. Aus den Ausführungen des Grafen Helldorf und des Abg. Singer ist nicht zu ersehen, wie die Kalkwerke die Kalkwerke zu versteuern werden. In der Rede des Abg. Singer vermehrt man die Kalkwerke der Kalkwerke. Die Kalkwerke sind im Besitz aller Kalkwerke, die sie versteuern sollen. Die Kalkwerke sind im Besitz aller Kalkwerke, die sie versteuern sollen.

Abg. Dr. Wiemer (Fr. Bp.): Das Schicksal der Finanzreform ist noch nicht entschieden. Aus den Ausführungen des Grafen Helldorf und des Abg. Singer ist nicht zu ersehen, wie die Kalkwerke die Kalkwerke zu versteuern werden. In der Rede des Abg. Singer vermehrt man die Kalkwerke der Kalkwerke. Die Kalkwerke sind im Besitz aller Kalkwerke, die sie versteuern sollen. Die Kalkwerke sind im Besitz aller Kalkwerke, die sie versteuern sollen.

Abg. Dr. Wiemer (Fr. Bp.): Das Schicksal der Finanzreform ist noch nicht entschieden. Aus den Ausführungen des Grafen Helldorf und des Abg. Singer ist nicht zu ersehen, wie die Kalkwerke die Kalkwerke zu versteuern werden. In der Rede des Abg. Singer vermehrt man die Kalkwerke der Kalkwerke. Die Kalkwerke sind im Besitz aller Kalkwerke, die sie versteuern sollen. Die Kalkwerke sind im Besitz aller Kalkwerke, die sie versteuern sollen.

Verbundene Augen.

Roman von Max Kreker.

(Nachdruck verboten.)

Während jetzt der Gesang in tiefer Dämpfung wirklich rein und melodisch erklang, dachte Trolle eine feine Studentenzeit und an all die unglücklichen Freuden, die mit ihr verknüpft waren. Damals die unglücklichen Freuden, die mit ihr verknüpft waren. Damals die unglücklichen Freuden, die mit ihr verknüpft waren. Damals die unglücklichen Freuden, die mit ihr verknüpft waren.

Seine Gedanken gingen zu seiner Mutter. Was würde sie sagen, wenn sie ihn hier sitzen sähe, schwänzelnd wie ein Mohr im Lumpi?

Die letzten Gäste waren gegangen. Auch der Klavierpieler und das andere Mädchen hatten sich unmerklich empoblen. Aber noch immer plauderte er mit Frida. Es war, als könnte er von der alten Zeit nicht loskommen, die sich in ihr verlor.

Die eigentümliche Stille eines geleerten Lokals umgab sie, in das die Nachtstunde das geheimnisvolle Bienen der letzten Gasflammen sendet. Ueberall Tabakgeruch lagerte in ihm und vervollständigte das Bild der verlassenen Oede. Bohnen, über die Tischen hinweg, sah man nur die langen Beine des schlafenden Gastes, mit dem sich der Wirt nun unterhielt. Sobald der Dede wieder munter geworden war, reichte seine Ausdauer bis zum frühen Morgen.

„Wissen Sie, was Sie sind?“ fragte Frida plötzlich. Und ohne erst die Antwort abzuwarten, zog sie ihm in der Laune des dritten Glases Wein das weiche Gesicht aus der Augenweite seines Noses und band es ihm rasch vor die Augen. „Das sind Sie“, fügte sie lachend hinzu und zog den Knoten mit Gewalt zusammen. „So sind Sie bis jetzt umhergelaufen, Sie großer Mann Sie.“

Er riss das Tuch ab und lachte mit, hatte aber dabei die Empfindung, sich ärgern zu müssen. Und sofort fiel ihm ein, was sie damals im Lichtenhainer gesagt hatte, daß mancher mit verbundenen Augen an die Krippe tappe und dabei das Rechte doch nicht finde.

„Ich hätte Sie wohl finden müssen, dann wäre ich sehend gewesen, wie?“ fragte er etwas boshaft.

Sie lachte abermals. „Mich könnten Sie auch noch mit verbundenen Augen finden, ich bin ja nahe genug.“

Im Innern bedachte er sich dafür. Und als sie erwähnte, daß Eder sie über ihn im Laufenden erhalten habe, war er plötzlich ernüchtert.

lande anerkannt ist, auch im Inlande zur Geltung zu bringen. Das deutsche liberale Bürgertum wird ihnen allezeit treu und unverzagt zur Seite stehen. (Stürmischer Beifall b. d. Lib.)

Sächsischer Finanzminister Dr. Küger: Die Erleichterung der Finanzreform ist nicht nur ein Wunsch der Regierung, sondern des gesamten Volkes. Herr Singer vergißt bei seiner Klage über die indirekten Steuern, daß die Besitzenden durch die direkten Steuern der Einzelstaaten auf das Schärffste in Anspruch genommen werden. (Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien, besonders rechts.) Ich möchte gerne die direkten Steuern, die ich bezahlen muß, los werden, um den Preis der indirekten, die Herr Singer und seine familiären Fraktionsgenossen zu bezahlen haben. (Heiterkeit und Zustimmung rechts.) Neben empfiehlt den Tabak als vorzügliches Steuerobjekt und wendet sich zur Erbschaftsteuer. Sie widerspricht nicht den konservativen Grundrissen, die konservativen Sachverständigen und ebenso der Mittelstand Sachsen sind dafür. Der Familienfiskus wird nicht durch Erbschaftsteuer beeinträchtigt. Von ganz anderer Seite wird er bedroht: durch die allgemeine Vermögenssteuer, die hoch und niedrig, durch die Leichtfertigkeit in allen Kreisen. Jedenfalls ist ohne die Erbschaftsteuer die Finanzreform nicht möglich, denn die anderen direkten Steuern müssen den Einzelstaaten verbleiben.

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (Ant.): Es ist interessant, daß die Freisinnigen in dem Moment die Mitarbeit verweigerten, als die Börse herangezogen werden sollte. (Lebh. Widerspruch links.) Die Kalksteuer besteht in Frankreich seit 50 Jahren und ist vor 10 Jahren wieder ausgebaut worden. Daß wir im Ausland Einfluß erlangen, wünschen auch wir, das hängt aber nicht von der Börse ab. Man hat gesagt, eine starke Börse sei notwendig, damit sie im Krisenfall nicht verliert. Wer die Hoffnung im Krisenfall auf die Börse setzt, dem möchte ich an die Vorgänge 1870 erinnern. Die Kalksteuer wurde von den kleinen Leuten geschätzt, nicht von den Großen. Ich habe die Börse verhältnismäßig lieb. (Zuruf links: Große Heiterkeit.)

In der Kommission ging bis zu Ostern alles gut, nach den Ferien wurde beim Spiritus mit Zentrumsbeihilfe eine Extraliegung angenommen. Was in den Ferien geistig ist, entzieht sich meinem Wissen. Dieses war der erste Liebesbrief des Zentrums, und alles weitere folgte dann von selbst.

So wie die neue Erbschaftsteuervorlage jetzt gestaltet ist, wird ein Großgrundbesitzer davon betroffen werden. Die Erbitterung der städtischen Kreise wird gesteigert durch die Nachfragen über die falschen Einschätzungen auf dem Lande. (Unruhe rechts; Sehr wahr! links.) Durch die Ausführungen des preussischen Finanzministers konnte mancher Freund der Erbschaftsteuer schwankend werden, ob er durch die jetzige Vorlage nicht neue Sonderprivilegien für den Grundbesitz schafft. Man sagt auf der rechten Seite, die Erbschaftsteuer gefährde den Familienfiskus. Haben denn die, die nichts zu beerben haben, keinen Familienfiskus? (Lebh. Beifall links; Unruhe rechts.)

Die Erbschaftsteuer ist die einzige Steuer, in den letzten 20 Jahren, welche wirklich neues Geld schafft, ohne das Wirtschaftswesen anzugreifen. Zudem liegt es in der Struktur der Kapitalbildung in Deutschland, daß sie auch ohne Erbschaftsteuer die Steuer stets steigende Erträge liefern wird. (Sehr richtig! links.) Bei Einführung der Kalksteuer müßte der Reichsfinanzminister sämtliche ausländischen Papiere vom Kurszettel streichen. Um solche Kleinigkeiten kümmern sich die Herren Steuerhelfer der Kommissionen nicht. So wie sie jetzt die Börse besteuern wollen, so könnte man j. B. auch die Viehmärkte besteuern; es ist dasselbe, als wenn Sie sagen wollten: jedem Ochsen muß ein Stempel auf den Schwanz aufgedrückt werden. (Große Heiterkeit und sehr richtig! links.)

Trotz unserer prinzipiellen Haltung zu den indirekten Steuern sind wir nach wie vor bereit, an der Finanzreform mitzuwirken. Steuervorschläge zu machen ist nicht Sache der Parteien, sondern der Regierung. Auch das Zentrum war früher dieser Ansicht, erst als der Bruderfuss ausgetauscht war, beteiligten sich diese Herren in fruchtbarer Weise an der Steuerfrage. Aber nicht zum Wohle des Landes. (Lebh. Zustimmung bei den Liberalen.) Wenn die Herren der Regierung sich ihrer Verantwortung bewußt sind, können sie den hierbei gefundenen Steuern nicht zustimmen. (Lebh. Bravo! bei den Liberalen.)

Das Haus verläßt die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Parteinachrichten.

Zur Verichterstattung der Parteipresse über die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes nimmt jetzt die „Metallarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nummer 25 vom 19. Juni das Wort. Wir haben schon in Nr. 135 vom 14. Juni zu dieser Sache unserer Ansicht Ausdruck gegeben und bringen deshalb den Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung“ zum Abdruck. Er lautet:

Die vor zwei Jahren bei der Münchener Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für die diesjährige Generalversammlung dafür Sorge getragen, daß der sozialdemokratischen Parteipresse ein einheitlicher und sachgemäßer Bericht erstattet werde. Er hatte die Genossen August Kersch und Rudolf von Kosschitzki in Hamburg damit beauftragt, die beide schon jahrelang Mitarbeiter des Hamburger „Echo“ sind und fast ausschließlich die Verichterstattung über Versammlungen und Kongresse besorgen. Der Vorstand verständigte die betreffenden Redaktionen durch ein im April an sie gesandtes Zirkular, dem die beiden Berichterstatter noch folgende Mitteilung beifügten:

Hamburg, im April 1909. An die Redaktionen der Sozialdemokratischen Parteipresse. Werte Genossen! Unterzeichnete Verichterhalter des Hamburger „Echo“ haben nach Verständigung mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Verichterstattung über die Verhandlungen des neunten Verbandstages genannten Verbandes in Hamburg gemeinsam übernommen und erühen die Redaktionen, etwaige Mitteilungen und Wünsche dem Eritratergeordneten baldmöglichst zugehen lassen zu wollen. Mit Parteigruß August Kersch, Hamburger „Echo“, Hamburg 36, Friedrichstraße 11. Rudolf von Kosschitzki.

nover überführen würde. Dann fehlte nur noch ein gutes Einvernehmen mit ihrem Manne, und Felix dürfte sich wahrhaftig nicht mehr beklagen.

Sie tropfte über vor Liebenswürdigkeit gegen Hüller, nannte ihn andauernd „Herr Richter“, trotzdem er bei seiner Strafammer immer noch als Referendar tätig war, und nötigte ihn fortwährend zum Leeren des Weinglases.

Trolle hatte dagegen nichts einzuwenden. Ging doch alles auf ihre Kosten! Als er dann mit dem Freunde bei einer guten Zigarre saß, hielt dieser mit seiner Meinung nicht mehr zurück. „Du hast eine reizende kleine Frau“, sagte er, „mein Kompliment deinem Geschmack. Du brauchst sie doch wahrhaftig nicht zu verlieren. Wie nett sie zu plaudern vermag und wie klug sie in ihren Ansichten ist. Wohl viel von deiner Erziehung, wie?“

Trolle nickte lächelnd und drückte ihm zum Dank die Hand. Wie schön mußte es erst sein, wenn er später einen Kreis ähnlicher Freunde um sich versammeln dürfte und, losgelöst von dieser Scholle, mit Emmy im gesellschaftlichen Rummel schwelgen dürfte.

„Was die Alte betrifft“, fuhr Hüller fort, „so ist sie noch mit in den Lauf zu nehmen. Es soll noch schlimmere Schwiegermütter geben. Sie hat wenigstens eine feine Nase für guten Bordeaux, und das zeugt von Gemüt. Den Alten hast du dir wohl heute geschenkt, he?“

Wenn der Fußboden aus Glas wäre, dann würdest du ihn unten wie einen Tiger im Käfig herumlaufen sehen, der auf die Fütterung wartet. Die Fütterung bin nämlich ich.“

„Na, — an dir wird er wohl zu knabbern haben.“

„Das weiß er auch.“

Beide lachten und kamen dann auf Kramer zu sprechen. Er hat dich von Anfang an in Verdacht, daß du damals im Lichtenhainer den „Dankel“ bereits aus guten Gründen verweigert hättest“, sagte Hüller wieder. Er fragte dich ja auch noch, ob du einen derartigen Weisheitspreis als deinen Schwiegervater willkommen heißen könntest, was du mit Entrüstung von dir wiesest. Seitdem warst du in seinen Augen als Heuchler fertig.“

„So wird man nun verkannt“, fiel Trolle ein und war nun geneigt, das auffallende Verhalten Kramers gegen ihn milde zu beurteilen.

„Das schließt aber nicht aus, daß er sich gegen Frida ganz miserabel benommen hat“, bemerkte Hüller dann wieder, „obendrein, da er als wohlhabender Junge die Mittel dazu gehabt hätte, sein moralisches Schilde rein zu halten...“

„Lebte er sich nicht in der Verwaltungsdienst seiner Heimatstadt zu treten und dort als Mädchenjäger auf seinen Vorbeeren auszurufen. Da sein Vater noch immer das Stadtoberhaupt ist, wird ihm seine Laufbahn ja bedeutend erleichtert werden.“

„Dann hätte er ja noch Aussicht, Stadtrat zu werden, und

Ans ist nicht bekannt geworden, daß vor unserer Generalversammlung eine Redaktion sich gegen eine solche Berichterstattung verweigert und für eigene Berichterstattung gesorgt hätte. Diese war aber jedem Blatte trotz der „offiziellen“ Berichterstattung unverwehrt; die Schlussfolgerungen, die einige Blätter nun nachträglich aus dem Zirkular des Vorstandes ableiten, sind also hinfällig, denn es ist mangellos bekannt, daß unsere Generalversammlungen öffentlich tagen.

Nun haben wir vor zwei Jahren die „Zeitschrift der Arbeiter“ und die „Vergleiche Arbeiterstimme“ der „offiziellen“ Berichterstattung entgegengebracht, die übrige Parteipresse aber war damit einverstanden. Das offizielle Organ des Vereins Arbeiterpresse schrieb sogar in seiner Nr. 66 vom 5. Juni 1907:

„Den Anfang gemacht mit Ueberwindung eines kostenfreien Berichts über seinen Verbandstag hat der Deutsche Metallarbeiterverband. Soweit sich überlegen ließ, haben auch alle Parteiblätter, die überhaupt über die gewerkschaftlichen Verbandstage berichten, die Verwendung verwendet. Der Vorwärts hat es getan unter Hinzufügung der Bemerkung: „Offizieller Bericht des Verbandsvorstandes“. Diese Kennzeichnung muß natürlich gestattet sein; sie ist so lange nicht anständig, als nicht bewiesen wird, daß der „offizielle“ Bericht einseitig und im Interesse der Verbandsleitung gefälscht ist. Die Zeitschrift der Arbeiter polemisierte gegen die Kennzeichnung, die an sich einem Wunsche entspricht, der vor zwei Jahren aus den Kreisen der Parteirebellen laut wurde und dem unter Vereinsvorsitz durch die Rechnung trug, daß er ihn Anfang 1906 in einer Verammlung der Generalkommission bekannt gab und daß er dabei für seine Ausführung eintrat.“

Nicht der Kostenpunkt allein war es, der den Wunsch veranlaßte, jede Gewerkschaft möge über ihre Generalversammlungen und Verbandstage dem Parteiblättern einen gedrängten Bericht kostenfrei zuhändigen lassen. Der Wunsch wurde vielmehr auch durch die Annahme diktiert, jede Verbandsleitung könne am sichersten erkennen, welche der behandelten Gegenstände für die Mitglieder ihrer Organisation und für die Arbeiterklasse im allgemeinen von besonderem Interesse sind und darum Aufnahme und mehr und mehr Berücksichtigung im Bericht finden möchten. Wer jahrelang die Berichte der mehr zirkulierenden Berichterstattung hat im Manuskript durchlesen und bearbeiten müssen, weiß, wie oft der Geist da starr, aber die Fähigkeit, eine gedrängte und doch den Kern treffende Darstellung zu geben, schwach gewesen ist. Dieser fünf Leiharbeiter schreiben, als zwei Verbandstage fortzureden! Es war ein sonst sehr gemütsreicher Kollege, der diesen Verzeihungsschrei von sich gab.

Die Generalkommission konnte sich seinerzeit nicht dazu entschließen, an die Verbandsleitungen die Rolle gelangen zu lassen, es möchte der Versuch gemacht werden, den Parteiblättern Gratisberichte zuzusenden. Um so erfreulicher ist es, daß die Metallarbeiter den Anfang gemacht haben. Wie die starke Benutzung des Berichts durch die Parteiblätter zeigt, ist der erstrebte Erfolg nicht ausgeblieben. Vivant sequentes!

Nach einem solchen Zeugnis war es doch nur natürlich, daß der Vorstand unseres Verbandes auch diesmal so handelte wie vor zwei Jahren. Sehr erstaunt waren wir nun, in der „Schwäbischen Tagwacht“ (Nr. 124 vom 2. Juni 1909) folgende freundnachbarliche „Anmerkung der Redaktion“ zu lesen:

„Wir bringen hiermit den Bericht zum Abdruck, den ein vom Vorstand des Verbandes bestellter Berichtersteller gefertigt hat. Andere Berichtersteller sind, wie auch auf der letzten Generalversammlung, nicht zugelassen worden. Dies Verfahren ist in der Arbeiterbewegung ein ungewöhnliches und wir sehen es als eine Aufgabe der Presse an, sich dazu zu äußern. Jede Verammlung kann frei darüber beschließen, ob sie öffentlich oder nichtöffentlich tagen will. Es ist auch nichts Seltenes, daß über eine aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht öffentlich abgehaltene Sitzung ein offizieller Bericht ausgegeben wird. Dagegen ist nicht einzusehen, daß die Berichterstattung über eine öffentliche Versammlung aber sollte man nicht beschränken. Man erwartet sonst den Anstoß, als habe man etwas zu verbergen. Dieses Mißtrauen sollte ein Gewerkschaftsvorstand, der auf der Generalversammlung Rechenschaft über seine Tätigkeit ablegt, in seinem Interesse nicht gegen sich herbeiführen. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes kann sicher mit gutem Gewissen vor die Generalversammlung treten. Wozu dann aber die Beschränkung der Berichterstattungsfreiheit? Unsere Presse würde wahrscheinlich durchweg denselben Bericht, der ihr nun zugeht, ohne jede Beschränkung zum Abdruck gebracht haben, auch wenn die Berichterstattung völlig freigegeben worden wäre. Die Beschränkung der Berichterstattung erscheint demnach als eine prinzipiell bedenkliche und praktisch zwecklose Maßnahme.“

Gegenüber diese Auslassung der „Schwäbischen Tagwacht“ müssen wir aber nun konstatieren, daß gerade sie es war, die unserem Vorstand vor zwei Jahren den direkten Anlaß gab, für eine einseitige Berichterstattung zu sorgen. In ihrer Nr. 63 vom 15. März 1907 brachte die „Schwäbische Tagwacht“ einen Artikel: „Der Sturm gegen die Gewerkschaften“. Darin sprach sie die Meinung aus, daß ein innigerer Kontakt der Gewerkschaften mit der Parteipresse hergestellt werden möge. Wörtlich heißt es darin:

„Ein sehr wunder Punkt ist ferner die Berichterstattung über die Verbandstage. Die Beschaffung der Berichte ist nicht selten mit ganz ansehnlichen Kosten verknüpft und dann erreichen sie eine Länge, daß schon aus diesem Grunde manche Blätter von einer ausreichenden Berichterstattung absehen. Es läge doch im ureigensten Interesse der Gewerkschaften, wenn sie, wie früher schon einmal im Kreise der Parteirebellen angeregt wurde, die Berichterstattung zweckmäßig organisieren und am Schlusse jedes Verbandstages der Presse eine möglichst kurz gefasste Uebersicht nebst den gefassten Beschlüssen ausliefern wollten. Auf die Kürze müßte allerdings bei der Zahl der Verbandstage, die nicht selten zu gleicher Zeit tagen, wie ihrer Tagungsbauer mehr Gewicht als bisher gelegt werden!“

Was der „Schwäbischen Tagwacht“ vor zwei Jahren „Ein Ziel auf uns innigste zu wünschen“, was nach ihrer damaligen Meinung einen „innigen Kontakt der Gewerkschaften mit der Parteipresse“ herzustellen geeignet schien, ist ihr jetzt eine „prinzipiell bedenkliche und praktisch zwecklose Maßnahme“. Wer denkt da nicht unwillkürlich an das Dichtwort: „Ach! was haben die Herren doch für ein kurzes Gedächtnis!“ Oder sollte dieser „Wispalt der Natur“ auf andere Weise zu erklären sein? Sehen wir zu. Kollege Schlöde hat, nachdem er in Hamburg von der „Anmerkung“ der „Schwäbischen Tagwacht“ Kenntnis erhielt, der Generalversammlung sofort Mitteilung davon gemacht.

als solcher einen Verein zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit zu gründen“, warf Trola ein. „Ich gratuliere meinen Mitbürgern schon vorher dazu...“ Eigentümlich recht habe, daß er geht. Ich hatte immer gekostet, einmal noch ein Duell vor Gericht mit ihm auszufechten, falls er seine anliegenden Blätter über mein Verteidigerhaupt auf die Wank der armen Sünder geschleudert hätte. Da weißt, wir sprachen schon früher einmal über das Verhalten davon. Nun will er mir auch noch diese Freude verderben. Uebrigens — dieses Gigerl als Staatsanwalt wäre etwas für die „fliegenden Blätter“. Oberländer könnte schwelgen.

Sillers Gesicht strahlte vor Vergnügen. Dann sagte er: „Er hat eben ein Haar darin gefunden, und du hast es ihm in die Suppe gelegt. Jetzt, da er keine offene Feindschaft kennt, zieht er es doch vor, die Auslegung der Strafrechtsparagrafen anderen zu überlassen, deren fittliche Entrüstung vor dem Forum sich mit ihrem Privatleben deckt. Die Justizbehörde hätte sich vor ihm beugt.“

Sillers, der bereits vor zwei Tagen durch Trola von der Handlungsweise Kramers erfahren hatte, war gegen diesen im Sitzungssaal mit allerlei Andeutungen vorgegangen darüber, daß man sich von einer gewissen Seite Fribas energisch annehmen werde, um ihr zu ihrem Rechte zu verhelfen. Und so war denn Kramers aus sich herausgegangen und hatte sich in seiner Verlegenheit damit über den Berg geholt, daß man es gar nicht nötig haben werde, seine moralische Qualifikation hier in Berlin in Frage zu ziehen. (Fortsetzung folgt.)

macht und erklärt: „Es sei nicht wahr, daß keine anderen Berichtersteller zugelassen seien. Jedermann habe bekanntlich Zutritt, könne also Berichte machen, so viel er wolle. Im übrigen habe der Vorstand für eine trotz aller nötigen Kürze sachgemäße und objektive, also ebenso sehr im Interesse der Presse wie des Verbandes liegende Berichterstattung zu sorgen sich bemüht. Das entspreche vor allem auch den Wünschen der Parteipresse.“

Die „Schwäbische Tagwacht“ nahm von dieser Erklärung in ihrer Nr. 129 vom 8. Juni 1909 Notiz und bemerzte dazu: „Nach dieser Erklärung verhält sich die Sache also etwas anders, als uns berichtet worden war. Von zwei Berichterstellern, die berufsmäßig der Kongressberichterstattung obliegen, wird uns nun aber mitgeteilt, Genosse Schlöde habe ihnen auf ihre Anfragen geschrieben, der Vorstand habe keine Veranlassung, andere Berichtersteller als den von ihm bestellten anders zu behandeln wie jeden Zuhörer der Generalversammlung. Daraus folgerten die beiden, daß ihnen kein Material gegeben und kein Berichterstellertisch eingeräumt würde. An einer kurzen, sachgemäßen und objektiven Berichterstattung hat natürlich die Parteipresse ein großes Interesse. Aber leidet man man dafür, schon aus Gründen der Vorsicht, die Parteipresse selbst sorgen lassen.“

Den „einen“ dieser Berichtersteller, die der „Schwäbischen Tagwacht“ in den Ohren gelegen haben und „dem“ sie zum Opfer gefallen ist, kennen wir auch. „Dieser“ ist aber aus sehr materiellen Gründen gegen eine einseitige Berichterstattung. Diese Gründe sollten aber doch der „Schwäbischen Tagwacht“ nicht zu einer „Revision“ ihrer Annahmen über die einseitige Berichterstattung veranlassen haben. Wundersam müssen wir uns nach dem Schlußsatz der „Schwäbischen Tagwacht“ allerdings darüber, daß sie trotz alledem so unvorsichtig war, den einseitigen Bericht zu bringen.

Nachdem die „Schwäbische Tagwacht“, „vorangegangen“, fand ihr Beispiel Nachahmung. Die Chemnitzer „Vollstimme“ tat es in Nr. 127 vom 7. Juni 1909 auch, daß der Vorstand den „Ausschluß der Presse“ verurteilt habe. Woraus wohl die „Vollstimme“ diesen Schluß zieht? Aus dem Zirkular des Vorstandes ist er nicht zu ziehen und aus der eben wiedergegebenen Mitteilung der beiden Berichtersteller auch nicht. Die Chemnitzer „Vollstimme“, die jetzt an der Berichterstattung so viel auszuweisen hat, unterließ es aber auch, einen eigenen Bericht zu senden, sondern brach den einseitigen Bericht ab. Die „Vollstimme“ stellt eilige Betrachtungen an über die Folgen, die durch die „offizielle Berichterstattung“ entstehen können. Was sie anführt, ist aber nicht stichhaltig. — Die Breslauer „Vollstimme“ druckte die Notiz der Chemnitzer „Vollstimme“ zumitend ab. Das Halleische „Vollblatt“ begnügte sich aber nicht mit der Wiedergabe der von der Chemnitzer „Vollstimme“ gewiß auch gemeinten Kritik, sondern leiste ihr aus eigenem (in Nr. 132 vom 10. Juni 1909) folgendes voran:

„Der Zweck der Uebung? Eine recht sonderbare Neuerung hat der Metallarbeiter-Verband in der Berichterstattung von seiner letzten General-Versammlung eingeführt. Er hat nämlich die Berichterstattung — um uns so auszudrücken — in eigene Regie übernommen und läßt nur noch hiebei mal gefasste und verbandsmäßig geordnete Berichte durch. Wir haben vergeblich nach stichhaltigen Gründen für diese weise Vorsicht gesucht — es sei denn, daß man ungehörter mehr „unter sich“ sein möchte. Selbstverständlich nur, damit die Unternehmer nicht vorzeitig Wind von den Absichten des Verbandes bekommen. Wer anders denkt, der ist eben übel beraten. So geht es auch der Chemnitzer „Vollstimme“, die gegen die löblichen Gesinnungen des Metallarbeiter-Verbandes energisch protestiert und seiner Geheimnisthümerie kritisch zu Leibe geht.“

Diese Bemerkungen des „rabiaten“ Halleischen Blattes sind eine Beleidigung unserer General-Versammlung und der beiden Parteigenossen, die die Berichterstattung für die sozialdemokratische Presse besorgt haben. Unsere General-Versammlung trieb keine Geheimnisthümerie — dieses Wort ist eigene Prägung des Halleischen Blattes —, sie tagte öffentlich. Die Berichte unterlagen keiner Zensur. Und wie „ungehörter“ man unter sich sein wollte“, geht daraus hervor, daß als ein Mannheimer Delegierter anregte, die Mannheimer Angelegenheit an eine Kommission zu verweisen, der Vorstand sich dagegen erklärte, da wir nichts zu verheimlichen hätten.

Als was stellt sich das Halleische Blatt eigentlich unsere 181 Delegierten vor? — Kurzum: die Bemerkungen des Halleischen Blattes sind ebenso unersättlich wie dumm, ihrem Verfasser gegenüber gilt: Gott beschütze uns vor solchen Freunden; mit unseren Feinden wollen wir schon selbst fertig werden.“

Die Geldquellen der Soz. Monatshefte. Der Verlag der Soz. Monatshefte sendet uns mit der Bitte um Veröffentlichung folgende

Erklärung. Die unterzeichneten Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ haben sich durch Kenntnisnahme von den Geldquellen der Zeitschrift davon überzeugt, daß die Quellen dieser Quellen und des Herausgebers über jedem Zweifel steht. Dr. Leo Arons. Eduard Bernstein. Dr. Bruno Borchardt. Julius Bruns. Richard Calmer. Gertrud David. Julius Deutsch. Eugen Dieffen. Kurt Eisner. Dr. August Erdmann. Edmund Fischer. Dr. Georg Gradnauer. Dr. Wilhelm Hausenstein. Ernst Heilmann. Wolfgang Heine. Adolf Heppner. Gerhard Hilberbrand. Emma Jherer. Paul Kampffmeyer. Friedrich Kleis. Wilhelm Kolb. Dr. Karl Kollwitz. Franz Landfester. Carl Legien. Theodor Leipart. Dr. Hugo Lindemann. Paul Löbe. Dr. Heinrich Lux. Hermann Mattutat. Dr. Max Maurenbrecher. Dr. Adolf Müller. Engelbert Pernstorfer. Heinrich Peus. Dr. Ludwig Duffel. Ludwig Radlof. Bernhard Schildbach. Dr. Conrad Schmidt. Robert Schmidt. Wilhelm Schröder. Dr. Arthur Schulz. Friedrich Stampfer. Roman Strehlow. Heinrich Stühmer. Dr. Albert Thielum. Johannes Timm. Georg v. Vollmar. August Winnig. Rudolf Wiffel. Dr. Ignaz Zabel. Wally Zepier. Verthold Heymann.

Gerichtliches.

Dielefeld, 16. Juni. Strafkammer. Der 15 Jahre alte Arbeiter Josef Schröder von hier war angeklagt, am Abend des 29. November v. J. während der Turnstunde einem anderen Turnbruder eine Talschnur aus der abgelegten Kleidung entwendet zu haben. Die Uhr ist bei ihm vorgefunden worden, aber es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich jemand einen Scherz erlaubt hat oder ein Versehen vorliegt. Von diesem Standpunkt geleitet, hatte ihn das Schöffengericht freigesprochen. Die Strafkammer schloß sich den Ausführungen des Schöffengerichts an und erkannte auf Verwerfung der von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Verurteilung.

Auf der Anklagebank erschienen der 15 Jahre alte Landwirtssohn Franz Rangel und der 16 Jahre alte und wegen Eigentumsvergehens schon dreimal vorbestrafte Fabrikarbeiter Heinrich Teweß gen. Krämer von hier. Gegen Rangel lag eine ganze Anzahl zum Teil schwerer Beschuldigungen vor wegen Vergehen, die er in den Jahren 1908 und 1909 verübt hat. Er war bei dem Gemischtwandler Hülsmann hieselbst als Laufbursche tätig. Nach seinem Geständnis hat er von der Laufburschaft seines Herrn 20 Mk. entlehnt und in die Tasche gesteckt, und um die Tat zu verdecken, die Wirtin gefragt. Die Fällung einer Postanweisungsanweisung über 28.30 Mk. hat keinen Erfolg gehabt, weil die Fällung noch rechtzeitig durch die Schalterbeamten entdeckt worden war. Im November und Dezember 1908 hat er sich auf Diebstahl gelegt. Er ist bei dem Wirtinmaler Sauer eingestiegen und durch Erbrechen einer Schokolade fand ihm 8 Mk. in die Hände gefallen; weitere 5 Mk. hat er in der hiesigen Babenanstalt einem Badenden aus den Kleibern gestohlen. Dann finden wir ihn mit Teweß zusammen, wo sie einen kleinen Knaben auf der Kreuzstraße überfallen und ihm 50 Pf. weggenommen haben. Die Strafkammer erkannte gegen Rangel wegen schwerer Urkundenfälschung in 4 Fällen, in drei Fällen in Tateinheit mit vollendetem und in einem Falle in Tateinheit mit versuchtem Betrüge, wegen schweren

Diebstahls in 2 Fällen und einfachen Diebstahls in 1 Falle auf drei Monate Gefängnis und gegen Teweß wegen einfachen Diebstahls in 1 Falle auf einen Monat Gefängnis. Die Höhe der Strafe bei Teweß wurde durch dessen Vorstrafen bedingt.

Wegen Bandendiebstahls hatten sich der Arbeiter Heinrich Vollmeyer, der Zugschläger Florenz Vollmeyer, ersterer 17mal und letzterer 10mal vorbestraft, beide zu Bradwilde wohnhaft, der Biegeleiarbeiter Johann Diekmann von hier, 4mal vorbestraft, der Kutscher Adolf Siefmann von hier, wiederholt wegen Diebstahls vorbestraft, und der Maurer Friedrich Hup von hier, welcher ebenfalls schon mehrfach vorbestraft ist, zu verantworten. In der Nacht zum 13. Januar d. J. wurde der Zementwarenfabrik Walbder hieselbst ein eiserner Geldschrank gestohlen und auf einem Karren in eine Wiese bei der Spinnerei Vorwärts geschafft und dann mit einer Spitzhacke bearbeitet. Durch das entstandene Geräusch wurden die Sicherheitsbeamten herbeigeklockt, und es gelang ihnen, zwei Diebe bei der Arbeit festzunehmen, die anderen beiden wurden am folgenden Tage verhaftet. An diesem Einbruchdiebstahl sind die vier ersten Angeklagten beteiligt, und sie räumen den Einbruch auch ein, nur soll Florenz v. B. an dem Diebstahl nicht beteiligt gewesen sein, aber in der Voruntersuchung hatte schon einer der Angeklagten angegeben, daß jener Schmiere gestanden habe. Zwei Tage vorher, in der Nacht zum 11. Januar, haben H. H. Vollmeyer, Siefmann und Hup einen Einbruch bei dem Wirt Huster in Perzebrock ausgeführt, indem sie einen Automaten erbrochen und ausgeplündert haben. Dann folgt Hup noch mit einem Fahrrad diebstahl in Gütersloh. Die Angeklagten scheinen sich der Ehrlosigkeit ihrer Taten nicht bewußt zu sein, denn sie waren während der Verhandlung so vergnügt, als handle es sich um einen Aprilscherz, ja es haben einige am Zuchthausstrafen, um ihre Kerkerzeit zu verkürzen. Der Gerichtshof beurteilte den H. H. Vollmeyer, der einen Neßpöbel bei der Tat mitgeführt hat, wegen schweren Diebstahls in 2 Fällen zu 1 Jahre und 9 Monaten Gefängnis, den Florenz Vollmeyer wegen schweren Diebstahls in 1 Falle zu 4 Monaten Gefängnis, den Joh. Diekmann wegen schweren Diebstahls in 1 Falle zu 9 Monaten Gefängnis, den Adolf Siefmann wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle in 2 Fällen zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus und den Hup, der noch 3 Jahre Gefängnis zu verbüßen hat, wegen schweren und einfachen Diebstahls in je 1 Falle zu zwei Jahren und 3 Monaten Zuchthaus. Dem H. H. Vollmeyer, Diekmann, Siefmann und Hup wurden je 4 Monate von der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht.

Der Provisionsreisende Hermann Bartels von hier war vom hiesigen Schöffengericht wegen öffentlicher Beleidigung des Straßenbahnkonduktors Depenbrock zu einer Geldstrafe von 10 Mark ev. 2 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Seine gegen dieses Urteil eingelegte Verurteilung wurde als unbegründet verworfen.

Unter der Anklage, seinen eigenen Sohn fahrlässigerweise erschossen zu haben, hatte sich der Kolon Oskar von Holtz bei der Vorholzhäuser zu verantworten. Der Angeklagte, ein Kampfgewisse, wollte an der Beerdigung eines Kriegskameraden teilnehmen. Er nahm, weil er zu den Leuten bestimmt war, welche die Ehrenpalde über das Grab zu geben hatten, ein Jagdgewehr von der Wand, um es auf seinen Zustand zu untersuchen. Plötzlich ging das Gewehr los und die Schrotladung fuhr seinem in der Nacht stehenden Sohne in die Seite. Schon nach 25 Stunden war der blühende Sohn eine Leiche. Der doch so schon schwer genug heimgekehrte Vater erhielt wegen fahrlässiger Tötung heute 2 Wochen Gefängnis.

Am Abend des 13. Dezember v. J. gab es auf dem Kolonate des Kolon Richter zu Depenbrock bei Denahausen einen Seidenlärm. Zwei seiner Freunde, der Landwirt Heinrich Hoffmeister von Erder und der Arbeiter Heinrich Meyer von Solterwich bei Exter, wollten, betrunken wie die Unken, ihrem Freunde noch einen Besuch abstatten. Ihr Rabau war jedoch bereit, daß Richter nichts von ihnen wissen wollte. Jetzt drangen sie in das Haus ein, erbrachen Tür und Tor und bombardierten das Haus mit Steinen, wobei der liebe Freund auch was mit bekam. Das Schöffengericht hatte die beiden wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von je 30 Mark verurteilt, aber beide Angeklagten von der Anklage der Sachbeschädigung und Hausfriedensbruchs freigesprochen. Wegen dieser Freisprechung hatte die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingelegt. Die Strafkammer hob das erste Urteil auf und verurteilte heute jeden der Angeklagten wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe von 50 Mark ev. 10 Tagen Gefängnis.

Arbeiterkassenbestimmungen vor Gericht. Der Großhüttenbesitzer Menzel in Komnag hatte Sonntags am Stredofen arbeiten lassen. Er wurde deshalb bestraft. Das Schöffengericht entschied auch, daß das Streden des Glases nicht als notwendige Arbeit im Sinne des § 105c, Absatz 4, der Gewerbeordnung zu erachten sei, und daß deshalb die Strafe zu Recht besteht.

Das Landgericht zu Dresden sprach auf die eingelegte Verurteilung hin den Fabrikanten frei, weil es entgegengekehrter Ansicht war wie das Schöffengericht. Jetzt hat das Oberlandesgericht das freisprechende Urteil wieder aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Soziales.

Bei den Delegiertenwahlen zur Seidelsberger Ortskrankenkasse, die Dienstag und Mittwoch stattfanden, hat auf der Seite der Arbeitnehmer die Liste der freien Gewerkschaften mit 1473 gegen 567 Stimmen, die sich auf eine von den christlich Nationalen aufgestellte Rubeldmudel-Liste vereinigen, gesiegt.

Die Lohnverhältnisse der Barrier. Auch der Stellvertreter Christi, der nicht wußte, wo er sein Haupt hinlegen sollte und seinen Jüngern lehrte, sie sollten die Armut lieben, sind mit ihren Kammerlöhnen nicht mehr zufrieden und wandeln auf „sozialdemokratischen Bahnen“. In Diegnitz hat bereits der evangelische Amtshilfsgeistliche seine Arbeit eingestellt, weil sein Gehalt nicht erhöht wurde und die anderen evangelischen Geistlichen haben sich mit ihm solidarisch erklärt. Nur der lutherische Geistliche ist „Streikbrecher“ geworden und arbeitet weiter. Die evangelischen Geistlichen im Landgerichtsgefängnis mögen aber sehen, wie sie in den Himmel kommen — die Barrier freieren! Eine „sehr verdienstvolle“ Arbeit hat sich nun der Reichstagsabgeordnete Erzberger gemacht, indem er einmal die gesamten Lohnverhältnisse der Barrier in einer Broschüre veröffentlicht. (Klerus und Gehaltsfrage, Köln, Bachem's Verlag.) Herr Erzberger will nämlich den Klerus erörtern, daß die katholischen Barrier einen geringeren Lohn erhalten, als die protestantischen. Das jährliche Durchschnittseinkommen der protestantischen und katholischen Barrier betrug nämlich in den letzten 35 Jahren (ohne Wohnung):

	protestantische	katholische
Breußen	3514 Mk.	2757 Mk.
Bayern	3161 "	3161 "
Württemberg	3734 "	2905 "
Sachsen-Anhalt	3885 "	— "
a) Düsseldorf	— "	1350 "
b) Barrier II. Klasse	— "	1664 "
Baden	— "	2428 "
Hessen	3668 "	— "
Sachsen	3614 "	— "
Oldenburg	3197 "	— "
Meiningen	3042 "	— "

Jedes Kommentar würde die mächtige Wirkung dieser Zahlen abwachen“, bemerkt Herr Erzberger dazu. Die evangelischen Barrier werden nun zwar antworten können, daß ihre katholischen Kollegen ja keine Frau und Kinder zu ernähren haben, was zu widerlegen aber den katholischen Barrier noch nicht schwerer fallen dürfte. Offenlich gehen die katholischen Barrier den Arbeitern nun bald mit einem guten Beispiel voran und treten in eine recht kräftige Lohnbewegung ein, umständigen Leben gebraucht. Die evangelischen Barrier haben ihnen das schon längst bewiesen!

Abonnementpreis für Dielefeld und Umgebung wie bei sämtlichen Agenturen ins Haus gebracht 60 Pfg. m. l. Durch die Post bei 1,80 Mk. vierteljährlich extra Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage mit Ausnahme der Sonntage Feiertage täglich nachmittags

Fernsprech-Anschluß Nr. 3



Nr. 141.

Die heutige N

Wil

Gewidmet meinem treuen, edlen Vorkämpfer, edlen Vorkämpfer Geboren zu Tarnau 21. Manheimer 9. Mai 1864 ersten Seite des „Stapita“ das dauern wird, wenn es die den Tagesgaben erfüllen sein werden.

An geistiger Begabung bester Geburtstag in Karl Marx, Friedrich Engels war kein bahnbrechender, feierlich hinreichender für ihn, daß unsere große Freundschaft mit ihm weder als Marx und Engels kommen, sozulagen ein ihm gewissermaßen zu ihm ebenen Naturen, die nach was sie sind: sein unüberbrückliche Treue, feierlich, seine unantastbare, zu beirrende Beiseidenbe-lutionären Kämpfers un-aller Liebe oder allem K-politischen Gegner von ihm.

Wie Wilhelm Wolff der sein Leben gemeistert persönlichen Erlebnissen, manig Jahren in eine Über alles was wir von er ein Mann war von S-die Kraft eines weltweiten Niedrigkeiten des Lebens und an solchen Schlägen er sich durchringen mußte gleiten von der Wiege.

Wolff, wie er in all er auch nur daran gedachte und Zeitungen veröffentlicht seinem Tode gab Engels die „Schlechte William“, neuen Rheinischen Be-schleichen Bauern, zu ge-hörte, gegen ihre Unter-berstimm Geburtag verur-„Vorwärts“ die längt be-um einige Unfälle Wolff geholt haben oder auch schließlichen Weberaufstän-

Es ist bei alledem ein Zeile den Charakter Wilh als manche Kolonisten im kämpfenden Arbeiterklasse es wie wenige verdient ha-

Zur gefäll

Mit der Gründung d und Industrie ist der K-immobile in eine neue verschärft, was unermess-losen Agitation der Agri-die Interessen des Groß-vorangestellt wurden. D-auf die Dauer bei seinem nicht vertragen kann, der gelegt worden ist. Wenn Industrie und der Gemei-gebrungen ist, daß diese den muß, so soll uns das gefassen, daß in dem neuen tum organisiert, welches beistrakt der Massen bei Arbeiter gerichtet ist. E-sinniges Blatt meint, der bund werden und dürfe nur gegen die Agrarier nicht gewarnt zu werden, die Agrarier in der Sina zu Leibe gingen. Wegen die man dem Volke aufblü-

Immerhin, wenn man uns recht sein, aber wir junkertum immer mit glei-heute die beweglichen Klag-und die Präntationen des fällt uns das mit einer den Gang der Dinge in Vor noch nicht ganz fi-rang das Junkertum im durch den die „notleidend-bauern- und Großgrund- die politische Macht des wurde. Junker und Baffi-dann belamen sie Strei-Episoden mit dem Bloß, be-blamierte, und jetzt haben gefunden.

Damals, als das Junk-lische Beute und so große-nigen bürgerlichen Poli-die Gefahr in ihrem gan-darum im Herbst 1902, a-schen Ueber- und Wache-Mitteln zu greifen, um einer agrarischen Herrscha-